

Klára BAK*

**Die Geltung der internationalen Genossenschaftsprinzipien in den
Bestimmungen über die Genossenschaften des Gesetzes Nr. V von 2013**

Einleitungsgedanken

Die Regeln, die das Genossenschaftsrecht bis zum heutigen Tag grundlegend bestimmen, die das eigene wirtschaftliche Wesen der Genossenschaft,¹ beziehungsweise ihre einzigartige gemeinschaftsbauende und -bildende Natur darstellen, können von der Satzung der im Jahre 1844, in Rochdale gegründeten, im heutigen Sinne ersten Genossenschaft hergeleitet werden.² In der Satzung der Rochdaler Genossenschaft wurden Grundsätze berücksichtigend vor allem die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Eigenheiten der Kleinkapitalisten niedergelegt, welche die Genossenschaft effektiv und geeignet machten, dieser konkreten Gesellschaftsschicht wirtschaftlichen Fortschritt, beziehungsweise gesellschaftliche Heranführung zu sichern. Die so erreichten Ergebnisse hatten die Wirkung, dass die genossenschaftlichen Rechtsgeber der innerhalb und außerhalb Europas liegenden Staaten die Satzung der Rochdaler Genossenschaft bei der Erarbeitung der genossenschaftlichen Regelungen

* dr. jur., Universitätsassistentin, Eötvös Loránd Universität, Fakultät für Rechts- und Politikwissenschaften, Lehrstuhl für Agrarrecht, e-mail: bak.klara@ajk.elte.hu

¹ Siehe für das wirtschaftliche Wesen der Genossenschaft: Ferenc Nagy: *Grundprinzip der Genossenschaften*, Antrittsvorlesung, Budapest, Ungarische Wissenschaftliche Akademie, 1906, 14.; Siehe weiter: Ödön Kuncz: *Die Umschreibung der Rochdaler Prinzipien und der rechtlichen Definition der Genossenschaft, Kampf für die wirtschaftlichen Rechte*, Band II., Budapest, Königliche Ungarische Universitätsdruckerei, 1941, 439-449.; Siehe von den gegenwärtigen Analytikern: József Veres: Die juristische Bewertung der Genossenschaft, *Acta Juridica et Politica*, Tomus LVIII., Faciculus 40, Szeged, 2000; Siehe weiter Anikó Bezdán: Die verfassungsrechtliche Grundlage der Regelung der Genossenschaft, in: Trócsányi László (Hrsg.): *Dikaiosze logosze*, Szeged, Pólay Elemér Stiftung, 2012, 189-196.; Tamás Prugberger: Die problematischen Punkten der staatlichen Anerkennung und Unterstützung der genossenschaftlichen Gesellschaft nach der Ansicht des Internationalen Genossenschaftsbundes und der Europäischen Union, *Publicationes Universitatis Miskolcensis Series Juridica et Politica*, 2007/25, 683-706.

² Bezüglich der Bearbeitung der Rochdaler Genossenschaftstraditionen siehe: George Jacob Holyoake: *The History of Co-Operation*, von Bibliolife Verlag wieder verlegt, die erste Vergebung: T. Fisher Unwin 1, Adelphi Terrace, 1906; Kuncz 1941, 414-449.; Siehe von den Bearbeitungen der gegenwärtigen Analytikern: Mária Réti: Über die Entwicklungsgeschichte der europäischen Genossenschaftsregelung, *Szövetkezés*, 2012/1-2, 9-33.; beziehungsweise Johnston Birchall: *The international co-operative movement*, Manchester and New York, Manchester University Press, 1997, 3-11.; Johnston Birchall: *Rediscovering the cooperative advantage, Poverty reduction through self-help*, Geneva, Cooperative Branch, International Labour Office, 2003, 5. in: [http://www.acdivocacoopex.org/acdivoca/CoopLib.nsf/dfafe3e324466c3785256d96004f15a8/e23f0c803fc6060485256ef400575ed8/\\$FILE/Rediscovering%20the%20Cooperative%20Advantage.pdf](http://www.acdivocacoopex.org/acdivoca/CoopLib.nsf/dfafe3e324466c3785256d96004f15a8/e23f0c803fc6060485256ef400575ed8/$FILE/Rediscovering%20the%20Cooperative%20Advantage.pdf) (12.03.2014).

von der Mitte des XIX. Jahrhunderts an bis zur Gegenwart als Vorlage betrachten.³ Am Anfang des XX. Jahrhunderts wurde diese Tendenz auch durch die Rechtseinheit erzielende Tätigkeit des Internationalen Genossenschaftsbundes⁴ (im Folgenden: IGB), die die Traditionen von Rochdale⁵ als Ausgangspunkt, nahm zusätzlich verstärkt. Die Bestrebung des IGB zur Harmonisierung der Genossenschaftsregelungen kommt – neben seiner Tätigkeit zur Interessenverwirklichung bezüglich der Genossenschaften, beziehungsweise neben der Popularisierung der Genossenschaft als Partnerschaftsunternehmen – als grundlegende Zielsetzung der Organisation von dessen Gründung bis heute vor. Das Ziel der Harmonisierung ist die Genossenschaftsregelungen weltweit mit einem Regelungsinhalt niederzulegen, der die spezifischen Charakterzüge der Genossenschaft geltend macht.

Als ersten konkreten Meilenstein⁶ bei der Rechtsharmonisierungstätigkeit des IGB kann das Jahr 1930 bezeichnet werden, wo anhand der Entscheidung des Wiener Kongresses der Zentralausschuss ein Komitee gründen sollte um zwei miteinander in engem Zusammenhang stehende Aufgaben zu erledigen. Das Komitee hatte die Aufgabe einerseits die Geltung der Rochdaler Grundsätze in den Genossenschaftsregelungen der einzelnen Staaten zu untersuchen, andererseits aufgrund dieser Untersuchung die gültige und rechtskräftige Auflistung der Grundsätze zusammenzustellen. Nach vier jähriger Forschungsarbeit erließ das Komitee mit Benennung *Rochdaler Prinzipien* zehn, als Richtlinie dienende Grundsätze⁷ unter denen

³ Als Beispiel für die geltenden Genossenschaftsregelungen lassen sich die der Genossenschaften betreffenden Bestimmungen des deutschen („*Gesetz betreffend die Erwerbs- und –Wirtschafts-genossenschaften*“), des österreichischen („*Gesetz vom 9. April 1873, über Erwerbs- und Wirtschafts-genossenschaften*“), des französischen („*Loi n° 47-1775 du 10 septembre 1947 portant statut de la coopération*“), des finnischen Genossenschaftsgesetzes (421/2013 „*Osuuskuntalaki*“ <http://www.finlex.fi/fi/laki/alkup/2013/20130421>), des ungarischen Gesetzes Nr. V. von 2013 über „Bürgerliches Gesetzbuch“, des „*Schweizerisches Zivilgesetzbuch vom 10. Dezember 1907*“) zu erwähnen. Siehe für die Analyse der deutschen, österreichischen, französischen Genossenschaftsregelung ausführlicher: Mária Réti: Über die wirtschaftlichen, gesellschaftlichen, und ideologischen Fundamente der ungarischen und einigen internationalen Genossenschaftsregelungen, über die Merkmale und die Bewertung dieser Regelungen, *Annales Universitatis Scientiarum Budapestinensis de Rolando Eötvös Nominatae – Sectio Iuridica*, Tomus LI, 2010, 281-308.

⁴ Der Internationale Genossenschaftsbund (die englische Benennung: International Cooperative Alliance, abgekürzt: ICA) wurde im Jahre 1895 mit dem Sitz London gegründet, der ein ungefähr aus 1 Milliarden Mitgliedern bestehende internationale Organisation ist. Für die Webseite von IGB siehe: <http://ica.coop/> (03.11.2014).

⁵ Vgl. hierzu Fn. 2.

⁶ Für die Tätigkeit des IGB siehe: Kuncz 1941 (Fn.1), Mária Réti: *Genossenschaftsrecht*, Budapest, Verlag ELTE Eötvös, 2010, 85-98.

⁷ Als Rochdaler Prinzipien setzte das Komitee bei den sogenannten aufgenommenen Grundsätze die folgenden internationalen Genossenschaftsprinzipien fest: 1. offene Mitgliedschaft; 2. demokratische Verwaltung; 3. Rückvergütungsprinzip; 4. Beschränkung der Kapitalverzinsung; 5. Barzahlung; 6. Förderung des Erziehungswesens; 7. politische und religiöse Neutralität. Zu den nicht aufgenommenen Grundsätzen gehörten die folgenden: 1. Verbot des Verkaufs diejenigen, die nicht Mitglieder sind; 2. das Prinzip der freiwilligen

sieben die 'aufgenommene' Bezeichnung, drei die 'nicht aufgenommene' Bezeichnung hatten. Bezüglich der festgelegten internationalen Genossenschaftsprinzipien bestimmte der IGB seinen Standpunkt als Empfehlung, dass ausgesprochen diejenigen Genossenschaften als echte Genossenschaften betrachtet werden können, die bei ihrer Tätigkeit die internationalen Genossenschaftsprinzipien zur Geltung bringen. Die wirtschaftlichen, beziehungsweise die damit in engem Zusammenhang stehenden gesellschaftlichen und zugleich ideologischen Veränderungen benötigten am Ende des XX. Jahrhunderts die Revision der Rochdaler Taxation. Als Ergebnis der Revision erließ der IGB am 22. September 1995 ein internationales Dokument namens „*Die Erklärung zur Identität der Genossenschaften, Die internationalen Genossenschaftsprinzipien*“⁸ (im Weiteren: Erklärung von Manchester, Dokument von Manchester), welche die aktuell gültige Empfehlung enthält,⁹ bezüglich den spezifischen Betriebsgrundsätzen, welche die Genossenschaft durchzieht. Diese sind wie folgt: (1.) Freiwillige und offene Mitgliedschaft; (2.) Demokratische Willensbildung; (3.) Wirtschaftliche Mitwirkung der Mitglieder; (4.) Autonomie und Unabhängigkeit; (5.) Ausbildung, Fortbildung und Information; (6.) Kooperation mit anderen Genossenschaften; (7.) Vorsorge für die Gemeinschaft.¹⁰

Es benötigt aber die Ergänzung, dass der IGB in der Erklärung von Manchester außer den Genossenschaftsprinzipien die Definition¹¹ der Genossenschaft als Empfehlung ebenfalls festsetzte, beziehungsweise die den Genossenschaften zu vertretenden und zu folgenden Werte¹² auch verfasste, welche empfohlen sind, beim Betrieb zur Geltung zu bringen. Die in der Erklärung von Manchester niedergelegten internationalen Genossenschaftsprinzipien, die verfasste genossenschaftliche Definition und die aufgesetzten Genossenschaftswerte, wie vorher die Rochdaler Taxation, dienen als Richtlinien sowohl für die genossenschaftliche Rechtsgebung, als auch für die Praxis, um das spezifische Wesen, der eigenartige, Doppelzielsetzung habende

Verbindung; 3. und das Prinzip des Verkaufs auf Marktpreis; Siehe detailliert für die Analyse der Prinzipien: Kuncz 1941, 439-449.

⁸ Die ursprüngliche, englische Benennung des Dokuments ist: „*Statement on the Co-operative Identity*“, die Erklärung von Manchester lässt sich auf der Webseite des IGB auf Englisch zu finden: <http://ica.coop/> (03.11.2014). Siehe für die ungarische Version: A Szövetkezetek Nemzetközi Szövetségének Állásfoglalása a szövetkezeti identitásról, *Szövetkezés*, 1995/2, 77-78.

⁹ Siehe für die Bearbeitung des Prinzipien von Manchester Klára Bak Klára: Die Relation in der Regelung unter den internationalen Genossenschaftsprinzipien und der Definition der Genossenschaft, *Szövetkezés*, 2012/1-2, 9-33.

¹⁰ Siehe bezüglich der internationalen Genossenschaftsprinzipien Bobvos Pál: *Ungarische genossenschaftliche Rechtslehre, Universitätsaufzeichnung*, Szeged, SZTE ÁJK – JATEPress, 2011, 23-29. siehe weiter Csilla Csák: Die Genossenschaftsprinzipien nach der Konzeption des Kongresses von IGB, *Gazdaság és Jog*, 2000/11, 24-27.

¹¹ Das Dokument von Manchester bestimmt die Genossenschaft folgenderweise: „*Eine Genossenschaft ist eine selbständige Vereinigung von Personen, die sich auf freiwilliger Basis zusammenschließen, um ihre gemeinsamen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Bedürfnisse zu befriedigen und ihre Vorstellungen in einem Unternehmen zu verwirklichen, das ihnen allen gemeinsam gehört und demokratisch geleitet wird.*“ Für die Erreichbarkeit des Dokuments siehe: Fn. 6.

¹² In der Erklärung von Manchester kommen die folgenden Werte vor: „*Selbsthilfe*“, „*Selbstverantwortung*“, „*Demokratie*“, „*Gleichheit*“, „*Gerechtigkeit*“, „*Solidarität*“, „*Ehrlichkeit*“, „*Offenheit*“, „*soziale Verantwortung*“, „*Bemühen um den Anderen*“.

Betriebsinhalt der Genossenschaft in den Rechtsvorschriften, aber auch in der Praxis ohne Verzerrung aufzuhalten, beibehaltend die Rochdaler Traditionen.

Der Zweck dieser Analyse ist zu untersuchen, wie die in Kraft getretene, neue Regelung der Genossenschaft, also genauerweise die Genossenschaft betreffenden Bestimmungen des Gesetzes Nr. V. von 2013 *über das Bürgerliche Gesetzbuch* (im Weiteren: BGB) den Inhalt des Dokuments von Manchester des IGB zur Geltung bringen, den Traditionen der ungarischen genossenschaftlichen Rechtsgebung auch folgend, beziehungsweise sie berücksichtigend. Es wird aber nachdrücklich betont, dass man bei der Rechtsvergleichung in dieser Analyse unter dem Gesetz Nr. V von 2006, anders bezeichnet GenG. oder vorheriges Genossenschaftsgesetz die bis 14. März 2014. geltende Variation versteht.

1. Über die Aufbildung des geltenden ungarischen Genossenschaftsrechts über die Definition der Genossenschaft

Das geltende ungarische Rechtsmaterial betreffend der Genossenschaften bildet sich staffelweise. Die Bestimmungen des BGB bezüglich der Genossenschaft befinden sich im Vierten Teil des Dritten Buches, *Rechtsperson*. Über die Auffassung des Dritten Buches lässt sich zu behaupten, dass unter dem Haupttitel des Buches *Allgemeine Bestimmungen* die gemeinsamen, allgemeinen Regelungen bezüglich der Gemeinschaftsunternehmen festgelegt werden, die auch die Genossenschaft betreffen, danach werden die für die einzelnen Gemeinschaftsunternehmensformen maßgebenden speziellen Bestimmungen niederlegt. Genauer gesagt beinhaltet der Vierte Teil des Dritten Buches in 3:325-3:367. § die besonderen Regeln betreffend der Genossenschaft. Die Analyse untersucht ausdrücklich in diesen Artikeln die Geltung der internationalen Genossenschaftsprinzipien, aber für das Verstehen des geltenden Regelungsumfangs wird es hervorgehoben, dass das ab 14. März 2014 geltende, veränderte Gesetz Nr. X von 2006 wesentliche, die Bestimmungen des BGB ergänzende Regeln einerseits bezüglich der Genossenschaften im Allgemeinen, andererseits betreffend einiger gewisser Genossenschaftstypen, genauerweise betreffend der Schulgenossenschaften, der Sozialgenossenschaften, der Beschäftigungsgenossenschaften, der Agrarwirtschaftsgenossenschaften feststellt. Bezüglich der einzelnen Genossenschaftstypen hielt der Rechtsgeber die Bearbeitung von spezifischen Regeln zum Zweck des mehr wirkungsvollen Betriebs für nötig. Hinsichtlich der erwähnten Typen verfasst also das Gesetz Nr. X. von 2006. obligatorische, spezielle Bestimmungen, wie auch andere gesonderte Rechtsnormen.¹³

Die geltende ungarische Genossenschaftsregelung bildet sich also staffelweise, kohärentweise derart auf, dass heute für die Genossenschaften die allgemeinen Bestimmungen, beziehungsweise die genossenschaftsspezifische Bestimmung des Dritten Buches von BGB, und die obligatorischen Bestimmungen des Gesetzes Nr. X 2006 auch gültig sind.

¹³ Wie zum Beispiel für die Wohnungsgenossenschaften das Gesetz Nr. CXV. von 2004 *über die Wohnungsgenossenschaften* und das Gesetz Nr. CCXXXVII. von 2013 *über die Kreditinstituten und finanziellen Unternehmen* bezüglich der Spar- und Kreditgenossenschaften.

2. Über die Definition der Genossenschaft in Zusammenhang mit den internationalen Genossenschaftsprinzipien

Als erste Bestimmung des Vierten Teiles setzt das BGB die Definition der Genossenschaft verbunden mit ihrer Tätigkeit der Genossenschaft in 3:325. § Abs. (1) und (2) folgenderweise fest: „Die Genossenschaft ist eine mit einem aus den Vermögenseinlagen der Mitglieder bestehenden Kapital gegründete, nach den Grundsätzen der offenen Mitgliedschaft und des veränderlichen Kapitals tätige juristische Person, die eine auf die Befriedigung der wirtschaftlichen und sozialen Bedürfnisse der Mitglieder gerichtete Tätigkeit betreibt und bei der sich die Pflicht der Mitglieder gegenüber der Genossenschaft auf die Leistung ihrer Vermögenseinlage und die in der Satzung festgelegte persönliche Mitwirkung erstreckt. Für die Verbindlichkeiten der Genossenschaft müssen die Mitglieder nicht eintreten. (2) Die Tätigkeit der Genossenschaft kann auf den Verkauf, den Einkauf bzw. die Produktion und auf Dienstleistungen gerichtet sein.“

Über die Genossenschaftsdefinition des BGB lässt sich als Grundlegung festzustellen, dass sie betrachtend ihre Auffassung den ungarischen genossenschaftlichen Regelungstraditionen folgt bei der Festlegung der Genossenschaft, und sie beträchtlicherweise mit der Genossenschaftsdefinition des vorherigen Genossenschaftsgesetz, namens des Gesetzes Nr. X. von 2006 über die Genossenschaft (im Weiteren: GenG)¹⁴ übereinstimmt. Ähnlich zur Genossenschaftsdefinition des GenG kommt auch in der Definition des BGB von den genossenschaftsspezifischen Charakterzügen das Prinzip der offenen Mitgliedschaft und des veränderlichen Kapitals bei der Entstehung der genossenschaftlichen Mitgliedschaft zur Geltung, beziehungsweise wird das komplexe Zielsetzungssystem der Genossenschaft in der BGB-Definition auch zum Ausdruck gebracht. Außer den Obigen erscheint in der Definition von BGB als Plus zum vorherigen Gesetz die Doppelpflicht des genossenschaftlichen Mitglieds gegenüber der Genossenschaft, beziehungsweise bestimmt das BGB in Zusammenhang mit der Definition diejenige Tätigkeiten, worauf der Betrieb der Genossenschaft gerichtet ist.

2.1. Über das Prinzip der offenen Mitgliedschaft

Wie das GenG, betrachtet auch das BGB als grundlegendes, begriffsmäßiges Merkmal der Genossenschaft die Spezialität, wonach die Genossenschaft nach dem Prinzip der offenen Mitgliedschaft und nach dem darauf vernunftgemäß folgenden veränderlichen Kapital tätig ist.¹⁵ In diesem Bereich ist es nötig zu bemerken, dass die

¹⁴ Vorher definierte das Gesetz Nr. X. von 2006 die Genossenschaft folgenderweise: „7. § Die Genossenschaft ist eine mit einem Anteilscheinkapital in einer in der Satzung festgelegten Höhe gegründete, nach den Grundsätzen der offenen Mitgliedschaft und des veränderlichen Kapitals tätige, über eine Rechtspersönlichkeit verfügende Organisation, deren Ziel es ist, die Befriedigung der wirtschaftlichen sowie anderen gesellschaftlichen Bedürfnisse (in Kultur, Bildung, Sozial- und Gesundheitswesen) ihrer Mitglieder voranzutreiben.“

¹⁵ Galovits Zoltán legte in seiner Arbeit namens in „Das ungarische Genossenschaftsrecht“ in Zusammenhang mit dem Prinzip der offenen Mitgliedschaft und des veränderlichen Kapitals den folgenden Gedanken fest: „Die nicht geschlossene Mitgliederzahl, die ständige Veränderung der Zahl und der Person der Mitglieder, und demzufolge das ständig schwankende Gesellschaftsvermögen (société à capital variable) bilden das wichtigste, von anderen Handels- und privatrechtlichen Unternehmen unterscheidende

Festlegung der offenen Mitgliedschaft als grundlegendes genossenschaftliches Definitionselement in den europäischen Regelungen auf eine lange Tradition zurückblickt. Als Beispiel lassen sich die deutsche,¹⁶ die österreichische,¹⁷ die schweizerische¹⁸ Regelungen erwähnen, die das Prinzip der offenen Mitgliedschaft von Anfang an in der Genossenschaftsdefinition mit dem Ausdruck 'nicht geschlossene Mitgliederzahl' bezeichnen. Mit Rücksicht darauf, dass das ungarische Genossenschaftsrecht im XIX. Jahrhundert die deutsche/preußische Regelung zum Muster nahm, machte das in Gesetzartikel Nr. XXXVII. von 1875 fixierte

Merkmal der Genossenschaft." Das Zitat lässt sich genau zu finden: Zoltán Galovits: *Das ungarische Genossenschaftsrecht*, Budapest, Pátria Literarisches Unternehmen und Druckaktiengesellschaft, 1901, 28.

¹⁶ Die Definition des geltenden deutschen Genossenschaftsgesetzes („Gesetz betreffend die Erwerbs- und – Wirtschaftsgenossenschaften“): §1 „*Das Wesen der Genossenschaft.*(1)*Gesellschaften von nicht geschlossener Mitgliederzahl, deren Zweck darauf gerichtet ist, den Erwerb oder die Wirtschaft ihrer Mitglieder oder deren soziale oder kulturelle Belange durch gemeinschaftlichen Geschäftsbetrieb zu fördern (Genossenschaften), erwerben die Rechte einer "eingetragenen Genossenschaft" nach Maßgabe dieses Gesetzes.*(2) *Eine Beteiligung an Gesellschaften und sonstigen Personenvereinigungen einschließlich der Körperschaften des öffentlichen Rechts ist zulässig, wenn sie 1. der Förderung des Erwerbes oder der Wirtschaft der Mitglieder der Genossenschaft oder deren sozialer oder kultureller Belange oder, 2. ohne den alleinigen oder überwiegenden Zweck der Genossenschaft zu bilden, gemeinnützigen Bestrebungen der Genossenschaft zu dienen bestimmt ist.*“

Das Gesetz auf ursprünglicher, deutscher Sprache ist erreichbar. In: <http://www.gesetze-im-internet.de/geng/index.html> (12.04.2014).

¹⁷ Die Definition des geltenden österreichischen Genossenschaftsgesetzes („Gesetz vom 9. April 1873, über Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften“): „§1 (1) *Dieses Gesetz gilt für Personenvereinigungen mit Rechtspersönlichkeit von nicht geschlossener Mitgliederzahl, die im wesentlichen der Förderung des Erwerbes oder der Wirtschaft ihrer Mitglieder dienen (Genossenschaften), wie für Kredit-, Einkauf-, Verkaufs-, Konsum-, Verwertungs-, Nutzungs-, Bau-, Wohnungs- und Siedlungsgenossenschaften.* (2) *Mittel zur Förderung kann auch die Beteiligung der Genossenschaft an juristischen Personen des Unternehmens-, des Genossenschafts- und des Vereinsrechts sowie an unternehmerisch tätigen eingetragenen Personengesellschaften sein, wenn diese Beteiligung der Erfüllung des satzungsmäßigen Zweckes der Genossenschaft und nicht überwiegend der Erzielung von Erträgen der Einlage dient.* (3) *Genossenschaften können auch die in Art. 1 Abs. 3 der Verordnung 2003/1435/EG über das Statut der Europäischen Genossenschaft (SCE), Abl. Nr. L 207 S. 1, genannten Zwecke verfolgen.*“ Das Gesetz ist auf ursprünglicher, deutscher Sprache erreichbar. In: <https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10001680> (11.03.2014).

¹⁸ In der Schweiz enthält die Regeln betreffend der Genossenschaft das Schweizerische Zivilgesetzbuch (Schweizerisches Zivilgesetzbuch vom 10. Dezember 1907). Die Definition der Genossenschaft wird folgenderweise im Gesetz festgesetzt. Fünfter Teil Obligationenrecht: Art. 828 A. *Genossenschaft des Obligationenrechts* 1 *Die Genossenschaft ist eine als Körperschaft organisierte Verbindung einer nicht geschlossenen Zahl von Personen oder Handelsgesellschaften, die in der Hauptsache die Förderung oder Sicherung bestimmter wirtschaftlicher Interessen ihrer Mitglieder in gemeinsamer Selbsthilfe bezweckt.* 2 *Genossenschaften mit einem zum voraus festgesetzten Grundkapital sind unzulässig.* Art. 829 B. *Genossenschaften des öffentlichen Rechts* Öffentlich-rechtliche Personenverbände stehen, auch wenn sie genossenschaftlichen Zwecken dienen, unter dem öffentlichen Recht des Bundes und der Kantone. Das schweizerische Zivilgesetzbuch ist auf Deutsch erreichbar. In: <http://www.admin.ch/ch/d/sr/220/index3.html#id-3-29> (12.03.2014).

Handelsgesetz (im Weiteren: Handelsgesetz) das Prinzip der offenen Mitgliedschaft auch mit dem Ausdruck 'nicht geschlossene Mitgliederzahl' in der Definition geltend.¹⁹

Die Regelung des BGB, die – die Methode des vorherigen Genossenschaftsgesetzes folgend – das Prinzip des veränderlichen Kapitals als Begriffselement festsetzt, die also die Regelung bezüglich der Mitgliedschaft mit der daraus folgenden vermögensrechtlichen Spezialität in der Definition verknüpft, gilt in der ungarischen Genossenschaftsregelung – in internationaler Relation betrachtend – für musterwertig und sie spiegelt unserer Ansicht nach eine gesetzgeberische Erwägung mit hohem Niveau.

Der Bedeutungsinhalt des ersten Prinzips der Erklärung von Manchester namens des Grundsatzes der 'Freiwilligen und offenen Mitgliedschaft' ist vielfältig. Jeder kann nach diesem Prinzip Mitglied einer Genossenschaft sein, jeder darf jederzeit in die Genossenschaft eintreten und aus der Genossenschaft ausscheiden. Der Grundsatz schließt also jede Form von Diskriminierung bei der Entstehung der Mitgliedschaft aus. Diese Regel benötigt aber die ergänzende Bemerkung, dass natürlich die in der Praxis begründeten, dass heißt vernünftigen Beschränkungen in der Satzung einführen werden dürfen ohne, dass sie das Prinzip der Gleichbehandlung bei der Mitgliedsaufnahme beeinträchtigen würden. Die erweiterte Auslegung des Prinzips von offener Mitgliedschaft wird von BGB 3:354. § Absatz (2) auch belegt, wonach im Aufnahmeantrag als Mitglied die sich zur Mitgliedschaft anmeldende Person eine Erklärung über die Annahme der Festlegungen in der Satzung der Genossenschaft und über die von ihr übernommene Vermögenseinlage abgeben muss. Dieser Artikel legt auch fest, dass wenn sich die zur Mitgliedschaft anmeldende Person zur persönlichen Mitwirkung bereit erklärt im Aufnahmeantrag als Mitglied auch deren Inhalt festgelegt werden muss. Nur diejenige Person kann also eine Genossenschaft gründen, beziehungsweise nur diejenige Person kann in eine Genossenschaft eintreten, die die Festlegungen der Satzung, also auch die in deren vorkommenden Pflichten für sich als verbindlich anerkennt, respektive die voraussichtlich fähig ist, die Festlegungen der Satzung zu verrichten. Es ist aber wesentlich, dass die Festlegungen der Satzung keinen diskriminierten Inhalt haben dürfen.²⁰

2.2. Die Doppelzielsetzung der Genossenschaft

Wie es im Obigen in Umrissen erwähnt wurde, enthält auch das BGB als Begriffselement die den komplexen Inhalt der Genossenschaft darstellende Doppelzielsetzung, wonach die Genossenschaft berufen ist, den Mitgliedern einerseits finanziellen Fortschritt, andererseits die Verstärkung ihres gesellschaftlichen Status, ihren gesellschaftlichen Fortgang zu sichern. Die Anerkennung der Doppelzielsetzung als Begriffselement ist ein traditionelles Merkmal der ungarischen

¹⁹ Siehe für die Definition der Genossenschaft: Gesetzartikel: Nr. XXXVII. von 1875 *Handelsgesetz*, 223. §. In: <http://www.1000ev.hu/index.php?a=3¶m=5692> (12.03.2014).

²⁰ Das Dokument von Manchester bestimmt den Grundsatz der Gleichbehandlung folgendermaßen: „*Genossenschaften sind Organisationen auf freiwilliger Basis, die jedem offen stehen, der ihre Dienste in Anspruch nehmen kann und der bereit ist, die mit der Mitgliedschaft verbundenen Verantwortungen ohne jegliche Diskriminierung von Geschlecht, sozialer Herkunft, Rasse und politischer oder religiöser Überzeugung zu akzeptieren.*”

Genossenschaftsregelung. Im Gegensatz aber zum vorherigen Genossenschaftsgesetz enthält das BGB keine detaillierte Anführung der gesellschaftlichen Bedürfnisse der Mitglieder. Unter gesellschaftlichen Bedürfnissen lassen sich zum Beispiel – wie sie das GenG vorher genau festsetzte – die Bildung, die Kultur, der Sozialstand, das Gesundheitswesen bedeuten.²¹

Ähnlich zum Prinzip der offenen Mitgliedschaft erschien auch die Doppelnatur der Genossenschaft schon in der Satzung der Rochdaler Genossenschaft als Grundprinzip²², beziehungsweise sie kommt auch in der Genossenschaftsdefinition des Dokuments von Manchester vor.²³ Außer der Definition begehrt die Erklärung von Manchester – durch den Grundsatz *Ausbildung, Fortbildung, Information*, durch die Regel der Bildung eines Reservefonds, die als Inhaltselement des Prinzips *Wirtschaftliche Mitwirkung der Mitglieder* erscheint, beziehungsweise auch durch gewisse genossenschaftliche Werte, wie zum Beispiel Solidarität, Selbsthilfe – zu veranschaulichen, dass die Genossenschaft ist nicht nur daran, je mehr Gewinn zu erwerben, sondern auch das Lebensniveau der Mitglieder sowohl aus wirtschaftlicher Sicht, als auch bezüglich ihres genossenschaftlichen Status erzielt zu fördern. Es ist wesentlich in diesem Bereich auf die Verordnung (EG) Nr. 1435/2003 des Rates *über das Statut der Europäischen Genossenschaft (SCE)* (im Weiteren: Verordnung)²⁴ hinzuweisen, deren Preamble in dem Punkt 10) ausdrücklich betont, dass die Zielsetzung, der Europäischen Genossenschaft komplex ist, und die Genossenschaft diese Zielsetzung im Einklang mit den eigenartigen Grundsätzen zu verwirklichen versucht.²⁵

2.3. Die Doppelpflicht des Genossenschaftsmitglieds gegenüber der Genossenschaft

Der Verweis auf die Doppelpflicht des Mitglieds, wonach sich die Pflicht der Mitglieder gegenüber der Genossenschaft auf die Leistung ihrer Vermögenseinlage und die in der Satzung festgelegte persönliche Mitwirkung erstreckt, kommt im Vergleich zur Definition des GenG in der Definition von BGB als neues Element, aber nicht als

²¹ GenG. 7. §.

²² Betreffend der eigenartigen Zielsetzung und Rechtsnatur der Genossenschaft siehe Jene Czettler – Károly Ihrig: *Genossenschaftliche Kenntnisse*, Budapest, Pátria Literarisches Unternehmen und Druckaktiengesellschaft, 1926, 21.; Ákos Navrátil: *Volkswirtschaftslehre*, Band I., Budapest, 1933, 266-267.; Siehe von den gegenwärtigen Analytikern: Mária Domé: Die Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft der rechtlichen Regelung der Genossenschaften, *Acta Juridica et Politica*, Tomus LV., Faciculus 8, Sonderdruck aus dem Gedenkbuch von József Veres, Szeged, 1999.

²³ Siehe dafür Fn.10.

²⁴ Für die Bearbeitung der Verordnung siehe: Mária Réti: Über die allgemeinen Merkmalen und über einigen Bestimmungen der Verordnung des Rates betreffend des Statuts der Europäischen Genossenschaft (SCE), mit Rücksicht auf das Gesetz Nr. X. von 2006 über „die Genossenschaft“, *Europäisches Recht*, Nr. 2007/1., 33-42.; Siehe weiter Tamás Prugberger: Die Verordnung betreffend „der Europäischen Genossenschaft“ in Spiegel der ungarischen Regelung und der West-Europäischen Regelung, *Szövetkezés*, 2003/3, 39-40.

²⁵ „Eine Europäische Genossenschaft (nachstehend "SCE" genannt) sollte zum Hauptzweck haben, im Einklang mit den nachstehenden Grundsätzen den Bedarf ihrer Mitglieder zu decken und/oder deren wirtschaftliche und/oder soziale Tätigkeiten zu fördern.“

Neuheit²⁶ in der ungarischen Genossenschaftsregelung vor. Wie es für die Genossenschaftsregelungen im Allgemeinen typisch ist, behandelt das BGB die Teilregeln betreffend der Doppelpflicht des Genossenschaftsmitglieds bei den Bestimmungen bezüglich des Gründungsdokuments, beziehungsweise betreffend der Rechte und Pflichten des Mitglieds. Unserer Ansicht nach lässt sich die Festlegung der Doppelpflicht des Mitglieds in der Definition nicht für zutreffend zu betrachten, weil seit dem Inkrafttreten des Gesetzes Nr. X. von 2006 die Genossenschaften – mit gewissen beschränkenden Regeln – diejenige Mitglieder auch haben können, die sich zu keiner persönlichen Mitwirkung bereit erklären, sondern ausdrücklich nur Vermögenseinlage leisten. Die gegenwärtigen Regelungen benennen diese Mitglieder als investierende Mitglieder²⁷ oder als sich zu keiner persönlichen Mitwirkung bereit erklärende Mitglieder.²⁸ Dieser Typ der Mitgliedschaft hat den Zweck, dass wenn jemand in ein Unternehmen Geld investieren möchte, ohne andere, ihre Person benötigende Pflicht zu leisten, könne man es bei einer Genossenschaft auch tun, ersteigernd damit das Kapital der Genossenschaft.

Obwohl das BGB über das Rechtsinstitut des investierenden Mitglieds ausdrücklich nicht verfügt, von seinen einigen Bestimmungen lässt sich zu folgern, dass das Mitgliedsverhältnis ohne Verpflichtung für persönliche Mitwirkung in der Genossenschaft entstehen kann.²⁹ Diesen Standpunkt berücksichtigend, beziehungsweise in Betracht darauf, dass die Leistung der Vermögenseinlage, die als einen Schnitt des Prinzips 'Wirtschaftliche Mitwirkung der Mitglieder' sich zu handeln lässt, aber die ausdrücklich kein genossenschaftsspezifisches Element ist, hätte es besser gewesen das oben erwähnte Merkmal ausschließlich bei der Festlegung der Rechte und Pflichten des Mitglieds anzuführen.

2.4. Die Haupttätigkeiten der Genossenschaft

Das BGB setzt mit der Genossenschaftsdefinition verbunden, aber nicht als Begriffselement, die für die Genossenschaft typischen Tätigkeiten in vier großen Bereichen fest: Verkauf, Einkauf, Produktion, Dienstleistung. Hinsichtlich der europäischen Genossenschaftsregelungen hat diese Regelungsmethode eine Tradition derart, dass in seltsamen europäischen Rechtsmaterialien die von der Genossenschaft

²⁶ Bezüglich der ungarischen Regelung dienen als Beispiel betreffend der Erscheinung der Doppelpflicht des genossenschaftlichen Mitglieds in der Definition das Gesetz Nr. XI. von 1947, das Gesetz Nr. III. von 1971, das Gesetz Nr. I. von 1992. Es ist nötig aber zu diesen Regelungen zu bemerken, dass diese Gesetze ausschließlich eine solche Art des Mitgliedsverhältnisses regelten, wo alle Mitglieder die Pflicht sowohl für persönliche Mitwirkung als auch für Leistung der Vermögenseinlage hatten. Über das sich zu keiner persönlichen Mitwirkung bereit erklärende Mitglied verfügten die erwähnten Gesetze nicht.

²⁷ In der deutschen Genossenschaftsregelung: Deutsches Genossenschaftsgesetz: (Vgl. Fn. 14.) §.8 Absatz (2) Benennung: Investierende Mitglieder, in der österreichischen Regelung: (Vgl. Fn. 15) §.5a Absatz (2), Benennung: Investierende (nicht nutzende) Mitglieder.

²⁸ Das BGB verwendet den Ausdruck: sich zu keiner persönlichen Mitwirkung bereit erklärendes Mitglied.

²⁹ BGB 3:326. § Absatz (2), 3:332. § Absatz (2) weisen darauf hin, dass es möglich ist, den Status des sich zu keiner persönlichen Mitwirkung bereit erklärenden Mitglieds zustande zu bringen.

entfalteten typischen Tätigkeiten als Teil der Genossenschaftsdefinition erschienen sind oder gegenwärtig erscheinen. Als Beispiel lässt sich das im Jahre 1889 in Kraft getretene Reichsgesetz betreffend die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften erwähnen, das in seiner Definition eine detaillierte Taxation über die Typen der Genossenschaft enthielt, unter Hinweis auch auf die von den Genossenschaften verrichteten Tätigkeiten: „1. *Vorschuß- und Kreditvereine*, 2. *Rohstoffvereine*, 3. *Vereine zum gemeinschaftlichen Verkaufe landwirtschaftlicher oder gewerblicher Erzeugnisse (Absatzgenossenschaften, Magazinvereine)*, 4. *Vereine zur Herstellung von Gegenständen und zum Verkaufe derselben auf gemeinschaftliche Rechnung (Produktionsgenossenschaften)*, 5. *Vereine zum gemeinschaftlichen Einkaufe von Lebens- oder Wirtschaftsbedürfnissen im Großen und Ablass im Kleinen (Konsumvereine)*, 6. *Vereine zur Beschaffung von Gegenständen des landwirtschaftlichen oder gewerblichen Betriebes und zur Benutzung derselben auf gemeinschaftliche Rechnung*, 7. *Vereine zur Herstellung von Wohnungen*“.³⁰

Einer ähnlichen Auffassung folgte das ungarische Handelsgesetz im XIX. Jahrhundert mit der folgenden Taxation: Vorschuß- und Kreditvereine, Vereine zum gemeinschaftlichen Einkauf von Rohstoffe, zum gemeinschaftlichen Lagern, oder zur gemeinschaftlichen Produktion; Konsumvereine; Gesellschaften zur Herstellung von Wohnungen; gegenseitige Versicherungsgesellschaften.³¹

Von den heute geltenden Genossenschaftsregelungen beibehielt zum Beispiel die österreichische und französische Regelung diese Tradition. Das geltende österreichische Genossenschaftsgesetz³² – dessen Genossenschaftsdefinition in das XIX. Jahrhundert zurückgeht – gibt eine exemplifizierende Aufzählung über die Genossenschaftstypen nach den folgenden: „*Kredit-, Einkauf-, Verkaufs-, Konsum-, Verwertungs-, Nutzungs-, Bau-, Wohnungs- und Siedlungsgenossenschaften*.“ Das französische Genossenschaftsgesetz regelt in der Definition auch musterwertig, dass „*die Genossenschaften ihre Tätigkeiten in jeder Sparte der menschlichen Tätigkeiten ausüben*.“³³

³⁰ Zu den Genossenschaftstypen im Reichsgesetz ist es nötig die Ergänzung zu machen, dass die aufzählten, nach dem Betriebsergänzungsprinzip tätigen Organisationen laut des Gesetzes als „eingetragene Genossenschaften“ zu gelten gelassen hatten.

³¹ Handelsgesetz 223. §.

³² Siehe für die Definition des geltenden österreichischen Genossenschaftsgesetzes auf Ungarisch: Fan: 15.

³³ Die Genossenschaft wird in dem französischen Genossenschaftsgesetz folgenderweise definiert: Gesetz Nr. 47-1775 vom 10. September über die Genossenschaft (Offizielles Gesetzblatt 11. September 1947.) „*Die Genossenschaften sind solche Gesellschaften, deren Hauptzwecke sind: 1. Die Genossenschaft strebt sich mit der gemeinsamen Mitwirkung der Mitglieder und für ihre Mitglieder daran, den Herstellungspreis und im gegebenen Fall den Verkaufspreis einiger Produkten oder einiger Dienstleistungen derart zu ermäßigen, dass diejenige Unternehmens- und vermittelnden Tätigkeiten als eigene Tätigkeiten gesichert werden, deren Kosten übrigens (im Fall von einem Unternehmer außer der Genossenschaft oder beim Inanspruchnahme eines Vermittlers) den Preis der Produkten belasten würden. 2. Die Qualität der Produkten, die den Mitgliedern befördert werden oder von den Mitgliedern hergestellt und den Verbrauchern befördert werden zu verbessern. 3. Und im Allgemeinen zur Befriedigung der Bedürfnisse der Mitglieder und zur Entwicklung der sozialen und wirtschaftlichen Tätigkeiten der Mitglieder, bzw. zu ihrer Bildung beizutragen. Die Genossenschaften üben ihre Tätigkeiten in allen Sparten der menschlichen Tätigkeiten aus.*“ Aus französischer Sprache übersetzte ins Ungarische: Dr. Longa Anna, PhD Studentin, ELTE Juristische Fakultät, Lehrstuhl für Agrarrecht.

Unserer Ansicht nach steht die Taxation über die Tätigkeit der Genossenschaften in BGB auf richtigen Grundlagen, das Gesetz macht nämlich wahrnehmbar – ähnlich zum französischen Genossenschaftsgesetz, dass die Genossenschaften für in allen Wirtschaftssektoren anwesende organisatorische-rechtliche Form gelten.³⁴

3. Die Geltung des Prinzips 'Wirtschaftliche Mitwirkung der Mitglieder' in BGB

Das von der Manchester Erklärung als *Wirtschaftliche Mitwirkung der Mitglieder* benannte, in der Taxation auf dem dritten Platz stehende internationale Genossenschaftsprinzip setzt Direktiven betreffend des Betriebs der Genossenschaft hauptsächlich bezüglich des Vermögensrechts – fest.³⁵

3.1. Über die Leistung der Vermögenseinlage

Das Prinzip 'Wirtschaftliche Mitwirkung der Mitglieder' verfügt über die Vermögenseinlage als Richtschnur. Dieser Grundsatz beinhaltet den Fundamentalsatz, dass jedes Mitglied gerechterweise eine gewisse Höhe von Vermögenseinlage gegenüber der Genossenschaft leisten soll. Aus diesem Fundamentalsatz grundsätzlich folgt, dass bei der Genossenschaft – wie auch bei allen Gemeinschaftsunternehmen – die Leistung eine gewisse Höhe der Vermögenseinlage als grundlegende Bedingung der Entstehung der Mitgliedschaft gilt.³⁶ In einigen genossenschaftlichen Regelungen, wie zum Beispiel in der Verordnung betreffend der Europäischen Genossenschaft kommt konkret vor,

³⁴ In dieser Hinsicht ist es zu bemerken, dass bezüglich der Eigenschaft der Genossenschaften, wonach sie in allen Sektoren der Wirtschaft tätig sein können, wurden sie das grundlegende Institut der Sozialwirtschaft. Für die Rolle der Genossenschaften in Beschäftigungspolitik siehe: Klára Bak – Mária Réti: Die Rolle der Genossenschaften in der Sozial- und Beschäftigungspolitik, die Tendenz der internationalen und der ungarischen genossenschaftlichen Rechtsgebung, *Agrár- és Környezetjog*, 2013/15, 5-38.

³⁵ In dieser Hinsicht lohnt es sich zu erwähnen: József Veres: Die Regelung der genossenschaftlichen Modellen, *Acta Juridica et Politica*, 2004, Tomus LXIV, 461-474.

³⁶ In der Rochdaler Genossenschaft leisteten alle Gründer einheitlich Pfund Vermögenseinlage. Im XIX. Jahrhundert war aber die Notwendigkeit der Leistung der Vermögenseinlage nicht eindeutig. Von rechtsgeschichtlicher Hinsicht ist es unerlässlich auf die verschiedenen Ansichten von Raiffeisen und Schultze-Delitzsch zu verweisen. Raiffeisen – dessen Ziel die Verstärkung der Kleinkapitalisten, der Landwirtschicht durch die Kreditgenossenschaften war – war der Ansicht, dass die Leistung der Vermögenseinlage für die genossenschaftlichen Mitglieder nicht verpflichtend sein sollte. Schultze-Delitzsch, der Erarbeiter des ersten preußischen Genossenschaftsgesetzes, der den Zweck hatte, die Gewerbe-genossenschaften in Deutschland einzuführen, war aber der Meinung, dass die Tätigkeit der Genossenschaft anhand des Prinzips der Selbsthilfe eigentlich nicht deutbar werden kann, wenn die Mitglieder nicht in der Lage sind eine gewisse Höhe von Vermögenseinlage leisten zu können. Von den zwei Regelungsansichten verbreitete sich die Auffassung von Schultze-Delitzsch, die sich mit den Festlegungen der Satzung von Rochdaler Genossenschaft harmonisiert. Siehe für die geschriebenen: Galovits 1901, 93.

welche Höhe zur Gründung der Genossenschaft³⁷ benötigt ist, laut anderer Regelungen ist die Höhe der Vermögenseinlage in der Satzung festzulegen.³⁸

Das BGB weist den letzteren Regelungsmethode folgend diese Frage der Kompetenz der Satzung zu. Bei den Bestimmungen in Verbindung mit dem Gründungsdokument der Genossenschaft fixiert das Gesetz konkret in 3:331. § Absatz (4) Punkt a), bzw. Absatz (5), dass die Höhe der durch das Mitglied der Genossenschaft zu leistenden Vermögenseinlage bei der Gründung der Genossenschaft in der Satzung festzulegen ist.

Die Regelung klingt also mit den Festlegungen des Dokuments von Manchester zusammen, denn das BGB betrachtet nämlich die Leistung der Vermögenseinlage als grundlegende Pflicht des Mitglieds, worüber die Satzung verfügen soll. Diese Pflicht als Ausgangspunkt behandelnd, können die Mitglieder ausdrücklich nur die Höhe der Vermögenseinlage festsetzen. Was die Regeln der Vermögenseinlage in BGB anbelangt, ist es nötig diejenige Unvollständigkeit hervorzuheben, dass das Gesetz diejenige grundlegende vermögensrechtliche Kategorie nicht enthält, die die Vermögenseinlage des Mitglieds verkörpert, und was eigentlich manifestiert, dass dem Mitglied in der Genossenschaft Rechte zustehen und Pflichten obliegen.³⁹ In dieser Hinsicht wäre die Ergänzung der Regelung auch mit Rücksicht auf die Tradition der ungarischen und europäischen Regelungen betreffend des genossenschaftlichen Vermögensrechts zu empfehlen.⁴⁰

3.2. Die spezielle Art der Gewinnverteilung

Das Prinzip 'Wirtschaftliche Mitwirkung der Mitglieder' hält die Festlegungen des Punktes 22. der Rochdaler Satzung für Ausgangspunkt betreffend der genossenschaftlichen Gewinnverteilung.⁴¹ Der Grundsatz setzt fest, dass die Genossenschaftsmitglieder nur in beschränkter Höhe berechtigt sind Dividenden im Verhältnis der von ihr geleisteten Vermögenseinlagen zu bekommen. Bezüglich der Gewinnverteilung ist vor allem das Rückvergütungsprinzip zu gelten, beziehungsweise

³⁷ Verordnung Artikel 3 Absatz (2) „Die Einzahlungen auf die Geschäftsanteile einer SCE müssen mindestens 30000 EUR betragen.“ In: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=CONSLEG:2003R1435:20030821:HU:PDF> (11.03.2014).

³⁸ Traditionell ist die ungarische Regelung von dieser Art.

³⁹ Die Vermögenseinlage bzw. die Rechte und Pflichten des Mitglieds stellte in dem ungarischen Genossenschaftsrecht traditionell der Anteilschein dar. Siehe für die Rechtsnatur des Anteilscheins Mária Domé: Die gemeinsamen und differenten Züge des Anteilscheins und des Geschäftsanteils, *Jogtudományi Közlemény*, 1994/11-12, 13-22. Siehe weiter: Mária Réti: Bemerkungen für die Erschaffung des einheitlichen Genossenschaftsgesetzes, *Szöveggyűjtés*, 2005/1, 173-192.

⁴⁰ In der deutschen Regelung stellt die Vermögenseinlage des Mitglieds der Geschäftsanteil dar. Für das deutsche Vermögensrecht siehe ausführlicher: Réti 2010, 52-60., Mária Réti: Über die vermögensrechtlichen Regeln der Handelsgesellschaften, *Jogtudományi Közlemény*, 2005/3, 99-116, bzw. Klára Bak: Über die Grundkategorien des genossenschaftlichen Vermögensrechts anhand der ungarischen und der deutschen Genossenschaftsregelung, *Jogi Tanulmányok*, 2012, 17-32.

⁴¹ Kuncz 1941: Für den originalen, englischen Text siehe: http://www.rochdalepioneersmuseum.coop/wp-content/uploads/2012/03/toadLaneBrochure_English.pdf, (12.03.2014).

es ist nötig einen entsprechenden Reservefonds zu bilden. Das Rückvergütungsprinzip kommt in BGB unter dem 3:356. § Absatz (2) markant zum Ausdruck aber mit einer Beschränkung folgenderweise: „Die Genossenschaft kann ihre Gewinne unter den Mitgliedern aufteilen. Die Hälfte der Gewinne der Genossenschaft ist unter den Mitgliedern im Verhältnis ihrer persönlichen Mitwirkung aufzuteilen; eine Bestimmung der Satzung, die den im Verhältnis der persönlichen Mitwirkung aufzuteilenden Teil der Gewinne bei weniger als der Hälfte der Gewinne festlegt, ist nichtig.“

Die Regelung von BGB betreffend der Reservebildung erweist sich aber als schwach. Während das vorherige Genossenschaftsgesetz über den als Gemeinschaftsfonds benannten Reservefonds detaillierte vermögensrechtliche Bestimmungen fixierte, beziehungsweise es die Rechtstitel taxativ festsetzte, wonach sich die Zuwendungen und Zuschüsse den Mitgliedern oder ihren Angehörigen zu gewähren lassen haben, weist die gegenwärtige Regelung laut 331. § Absatz (4) Punkt d) die Teilbestimmungen betreffend des Gemeinschaftsfonds der Kompetenz der Satzung zu. In dieser Hinsicht bemerken wir, dass die Regelunauffassung des GenG mit der konkreten gesetzlichen Festlegung der Zuwendungen und Zuschüssen sich als ein zu folgendes Beispiel zu gelten lässt. Bei der Aufzählung der Zwecke kam die Bildung auch vor, die von den Traditionen der Genossenschaft von Anfang an untrennbar ist, demzufolge auch wurde das Prinzip 'Ausbildung, Fortbildung, Information' als selbstständiges Prinzip in das Dokument von Manchester festgelegt.

Das BGB fixiert drei Bestimmungen betreffend der Rechtsnatur des Gemeinschaftsfonds. Laut 3:334. § darf im Gemeinschaftsfonds angelegte Genossenschaftsvermögen nicht unter den Mitgliedern aufgeteilt werden.

Das zweite Merkmal ist, das mit der ersten Bestimmung in einer engen Zusammenhang steht, dass nach 3:334. § Absatz (2) im Falle der Umwandlung der Genossenschaft in eine Wirtschaftsorganisation oder ihrer Auflösung ohne Rechtsnachfolger der Gemeinschaftsfonds – nach der Abrechnung mit den Gläubigern – an die Organisation laut der Verfügung der Satzung übergeben werden muss. In dieser Hinsicht ist es nötig zu bemerken, dass nach GenG im Falle der Umwandlung der Genossenschaft in eine Wirtschaftsorganisation oder ihrer Auflösung ohne Rechtsnachfolger muss der Gemeinschaftsfonds – nach der Abrechnung mit den Gläubigern – an die Genossenschaft laut der Verfügung der Satzung oder den Genossenschaftsverband übergeben werden.⁴²

Als dritte Charakteristik bezüglich des Gemeinschaftsfonds fixiert das BGB nach einer richtigen gesetzgeberischen Auffassung, dass mit der vorherigen Regelung harmonisierend die zu Lasten des Gemeinschaftsfonds gewährte Leistung nicht als Beteiligung am Gewinn und nicht bei der mit der Auflösung des Mitgliedsverhältnisses verbundenen Abrechnung berücksichtigt werden darf.

Unserer Ansicht nach bringt das BGB bezüglich des Prinzips der 'Wirtschaftlichen Mitwirkung der Mitglieder' das Rückvergütungsprinzip entsprechend zur Geltung, bei der die Regeln des Reservefonds nachdenken werden sollen.

⁴² Die Regeln des Gemeinschaftsfonds kamen in 58. § und in 71. § von GenG vor. Die Zuwendungen und Förderungen der Mitglieder wurden in GenG 57. § festgesetzt.

4. Die Geltung des Prinzips 'Demokratische Willensbildung' in BGB

Das von der Manchester Erklärung als 'Demokratische Willensbildung' benannte, in der Taxation auf dem zweiten Platz stehende internationale Genossenschaftsprinzip bringt zum Ausdruck, dass die Genossenschaften demokratisch aufbauenden Organisationen sind, wo den Mitgliedern gleiche Rechte unabhängig von der Höhe ihrer Vermögenseinlage zustehen.⁴³ In der Praxis erscheint dieser Grundsatz einerseits durch das Prinzip ein Mitglied eine Stimme. Dieses Prinzip setzt aber auch diejenige Spezialität der Genossenschaft fest, dass die Führung der Genossenschaft auch an demokratischen Gründen liegt, wonach die leitenden Repräsentanten der Genossenschaft als Hauptregel ausschließlich die Mitglieder der Genossenschaft sein dürfen. Ein weiteres, zu betonendes Element des Grundsatzes ist, dass für die Kontrolle des Betriebs der Genossenschaft die Mitglieder ausdrücklich berechtigt sind.

Über die Regelung des BGB kann es behauptet werden, dass sie das Prinzip der 'Demokratischen Willensbildung' restlos geltend macht. Das BGB 3:356. § verfügt über die grundlegenden Rechte des Mitglieds, dessen Absatz (1) mit den Festlegungen des Prinzips ausdrücklich zusammenklingt. Laut des erwähnten Artikels: „Bei der Leitung und Kontrolle der Tätigkeit der Genossenschaft stehen den Mitgliedern ungeachtet der Höhe der von ihnen geleisteten Vermögenseinlage die gleichen Rechte zu.“ Mit dieser Bestimmung harmonisiert 3:337. § Absatz (1) wonach „Bei der Generalversammlung jedes Mitglied unabhängig vom Anteil der Vermögenseinlagen eine Stimme besitzt.“ In dieser Hinsicht soll die Aufmerksamkeit auf den Artikel 59. der Verordnung gerichtet werden, wo betreffend des Stimmrechts des Mitglieds der Europäischen Genossenschaft spezielle, musterwertige Regelung niedergelegt wurde. Die Verordnung sichert nämlich den Mitgliedern der Europäischen Genossenschaft die Möglichkeit Mehrstimmrecht im Verhältnis der persönlichen Mitwirkung zu erwerben.

Bezüglich der Führung der Genossenschaft fixiert BGB 3:344. § die Berichtspflicht der leitenden Repräsentanten für den Vorstand und für den Aufsichtsrat, das Recht der Mitglieder für Kontrolle gesichert, derart, dass der Vorstand wenigstens einmal im Jahr für die Generalversammlung und wenigstens alle drei Monate für den Aufsichtsrat einen Bericht über anfertigen muss. Eine Bestimmung der Satzung, die eine seltenere Berichterstattung vorschreibt, ist nichtig.

Von den Bestimmungen betreffend des Vorstands soll die ziemlich strenge Regel in BGB 3:346. § hervorgehoben werden. wonach „eine Person mit Führungsaufgaben der Genossenschaft kann Genossenschaftsmitglied sein.“ Unserer Ansicht nach brach das GenG. richtig, entsprechend das Prinzip der 'Demokratischen Willensbildung' durch, dass das Gesetz Personen außer der Genossenschaft die Möglichkeit sicherte, die Position der leitenden Repräsentanten zu erfüllen, wenn die Führung der Genossenschaft eine

⁴³ Siehe dafür: Hagen Henry: Die Darstellung der genossenschaftlichen Rechte und Grundsätze in der genossenschaftlichen Rechtsgebung der Mitgliedsstaaten von der Europäischen Union und in der Charta der mit der EU Regelung ausgebildeten Europäischen Genossenschaftlichen Gesellschaft, Szövetkezés, 2004/1-2., insbesondere 44. „Die Unabhängigkeit der Mitgliedsrechte von dem investierten Kapital ist kein Fehler, der zu korrigierend ist. Es ist sinnlos die Genossenschaften in dieser Hinsicht zu den Aktiengesellschaften zu vergleichen.“

spezifische Fachkenntnis benötigte, und die demokratische Führung von der Tätigkeit der Genossenschaft nicht vertrennbar war.⁴⁴ Diese Regelungsauffassung wird empfohlen zu folgen.

Zusammenfassend lässt es sich zu behaupten, dass das BGB das Prinzip der 'Demokratischen Willensbildung' zu streng zur Geltung bringt, so ist es empfehlbar, sowie das Stimmrecht, als auch die Bestimmungen betreffend des Vorstands die Regelung abzutönen.

5. Über das Prinzip der 'Kooperation mit anderen Genossenschaften'

Das Dokument von Manchester verfügt über die Kooperation mit anderen Genossenschaften konkret, wie folgt: „*Genossenschaften dienen den Interessen ihrer Mitglieder am wirksamsten und stärken die Genossenschaftsbewegung am ehesten durch die Kooperation durch den örtlichen, regionalen, nationalen und internationalen Strukturen.*”

Das vorherige Genossenschaftsgesetz fixierte in einem gesonderten, in dem IX. Abschnitt die grundlegenden Regeln bezüglich der genossenschaftlichen Verbände, die Zielsetzung des Prinzips zu erfüllend. Unserer Ansicht nach wäre es richtig, dieses internationale Genossenschaftsprinzip in BGB auch geltend zu machen.

Abschlussgedanke

Über die Analyse des BGB lässt sich zu behaupten, dass das Gesetz das wirtschaftliche Wesen der Genossenschaft, ihre spezifische rechtliche Natur geltend macht, seine Bestimmungen nach den internationalen Genossenschaftsprinzipien von BGB bearbeitet wurden, aber in sämtlichen Festlegungen die Abtönung und Ergänzung der Regelung zu empfehlen mit Rücksicht auf die gegenwärtigen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bedürfnissen sind. Unserer Ansicht nach ist diese Abtönung und Ergänzung nicht konkret bezüglich des BGB zu verstehend, sondern es ist nachdenkbar betreffend des ungarischen genossenschaftlichen Rechtsmaterials.

⁴⁴ GenG 30. § Kein leitender Repräsentant darf sein: wer kein Mitglied der Genossenschaft bzw. kein Vertreter der juristischen Person (Wirtschaftsorganisation ohne Rechtspersönlichkeit) als Mitglied ist. Davon kann die Satzung eine Ausnahme machen, wenn die Haupttätigkeit der Genossenschaft eine Leitung erfordert, die eine besondere Sachkenntnis voraussetzt, und gleichzeitig die demokratische Leitung und die Leitung der genossenschaftlichen Tätigkeit (Geschäftsführung) der Eigenheit der Genossenschaft entsprechend nicht abgesondert werden kann.

BAK Klára *

A nemzetközi szövetkezeti alapelvek érvényesülése a 2013. évi V. törvény
szövetkezetekre vonatkozó rendelkezéseiben

Bevezető gondolatok

A szövetkezeti jogot napjainkig alapvetően meghatározó, a szövetkezet sajátos gazdasági lényegét,¹ illetve közösséget egyedi módon építő és formáló természetét megjelenítő szabályok az 1844-ben, Rochdale-ben alapított, első mai értelemben vett szövetkezet alapszabályából eredeteztethetők.² A Rochdale-i szövetkezet alapszabályában kifejezetten a kis tőkével rendelkező piaci szereplők társadalmi-gazdasági sajátosságait figyelembe vevő rendezőelvek kerültek rögzítésre, melyek hatékonná, alkalmassá tették a szövetkezetet arra, hogy e konkrét társadalmi réteg számára gazdasági előmenetelt, valamint társadalmi felzárkózást biztosítson. Az általa elért eredmények hatására a Rochdale-i szövetkezet alapszabályára az egyes európai és Európán túli államok szövetkezeti jogalkotói mintaként tekintettek és tekintenek a XIX. század közepétől napjainkig a szövetkezeti szabályozások kimunkálásánál.³ A XX.

* dr. jur., egyetemi tanársegéd, Eötvös Loránd Tudományegyetem, Állam- és Jogtudományi Kar, Agrárjogi Tanszék, e-mail: bak.klara@ajk.elte.hu

¹ A szövetkezet gazdasági lényegének elemzésére ld. Nagy Ferenc: *A szövetkezetek alapelve* című Akadémiai székfoglaló értekezés, Magyar Tudományos Akadémia, Budapest, 1906, 14., Kuncz Ödön: A Rochdale-i elvek és a szövetkezet jogi fogalmának körülírása, in: *Közdelem a gazdasági jogért*, Dr. Kuncz Ödön Összegyűjtött kisebb dolgozatai, II. kötet, Budapest, Királyi Magyar Egyetemi Nyomda, 1941, 439-449; Veres József: A szövetkezet jogi minősítése, *Acta Juridica et Politica*, Tomus LVIII, Fasciculus 40, Szeged, 2000; Bezdan Anikó: A szövetkezetek jogi rendezésének alkotmányos alapja, in: Trócsányi László (szerk.): *Dikaioság logosz*, Szeged, Pólay Elemér Alapítvány, 2012, 189-196; Prugberger Tamás: A szövetkezeti társaság állami elismerésének és támogatásának problematikus pontjai a Szövetkezetek Nemzetközi Szövetsége és az Európai Unió szemlélete szerint, *Publicationes Universitatis Miskolcensis Series Juridica et Politica*, 2007/25, 683-706.

² A Rochdale-i szövetkezeti hagyományok feldolgozása körében ld. George Jacob Holyoake: *The History of Co-Operation*, Bibliolife kiadó által újra kiadva, az eredeti kiadás: T. Fisher Unwin 1, Adelphi Terrace, 1906; Kuncz 1941, 414.-449.; A jelenkori elemzők munkái közül ld: Réti Mária: Az európai szövetkezeti szabályozás fejlődéstörténetéről, *Szövetkezés*, 2012/1-2., 9-33.; valamint Johnston Birchall: *The international co-operative movement*, Manchester and New York, Manchester University Press, 1997, 3-11.; Johnston Birchall: *Rediscovering the cooperative advantage*, Poverty reduction through self-help, Geneva, Cooperative Branch, International Labour Office, 2003, 5. In: [http://www.acdivocacoopex.org/acdivoca/CoopLib.nsf/dfafe3e324466c3785256d96004f15a8/e23f0c803fc6060485256ef400575ed8/\\$FILE/Rediscovering%20the%20Cooperative%20Advantage.pdf](http://www.acdivocacoopex.org/acdivoca/CoopLib.nsf/dfafe3e324466c3785256d96004f15a8/e23f0c803fc6060485256ef400575ed8/$FILE/Rediscovering%20the%20Cooperative%20Advantage.pdf) (2014.03.12).

³ A hatályos szabályozások közül példaként említhetjük a német („Gesetz betreffend die Erwerbs- und – Wirtschaftsgenossenschaften”), az osztrák („Gesetz vom 9. April 1873, über Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften”), a francia („Loi n° 47-1775 du 10 septembre 1947 portant statut de la coopération”), a finn szövetkezeti törvényt (421/2013 „Osuuskuntalaki” <http://www.finlex.fi/fi/laki/alkup/2013/20130421>), a magyar „Polgári Törvénykönyvről” szóló 2013. V. törvény szövetkezetekre vonatkozó rendelkezéseit, a svájci Polgári Törvénykönyv

század elejétől ezt a tendenciát erősítette a Szövetkezetek Nemzetközi Szövetségének⁴ (a továbbiakban: SZNSZ) Rochdale-i hagyományokat⁵ kiindulópontnak tekintő jogegységesítő tevékenysége is. A jogharmonizációs törekvés – a szövetkezetek érdekeinek érvényesítése, valamint a szövetkezet, mint társas vállalkozási forma népszerűsítése mellett – a szervezet alapvető célkitűzéseiként szerepel megalapulásától napjainkig. A harmonizáció célja az, hogy a szövetkezeti szabályozások világviszonylatban a szövetkezet sajátos jellemvonását biztosító szabályozási tartalommal kerüljenek rögzítésre.

Első konkrét mérföldkőnek⁶ az SZNSZ jogegységesítő tevékenysége körében az 1930-as év jelölhető meg, amikor a bécsi kongresszus döntése alapján az SZNSZ központi választmányának egy bizottságot kellett létrehoznia két, egymással szorosan összefüggő munka elvégzésére. A bizottság azt a feladatot kapta, hogy egyrészt vizsgálja meg, miként érvényesülnek a Rochdale-i elvek az egyes államok szövetkezeti szabályozásaiban, másrészt a vizsgálat alapján állítsa össze az érvényes és hatályos rendezőelvek felsorolását. A bizottság négy éves kutatómunkát követően 'Rochdale-i elvek' megnevezéssel tíz, zsinórmértékül szolgáló elvet⁷ határozott meg, közülük hetet felvett elvként, hármat pedig fel nem vett elvként megjelölve. A rögzített nemzetközi szövetkezeti alapelveket tekintve az SZNSZ azt az álláspontot fogalmazta meg ajánlás jelleggel, hogy valódi szövetkezetnek kifejezetten a nemzetközi szövetkezeti alapelvek mentén működő szövetkezetek minősülnek. A gazdasági, valamint azzal szorosan összefüggő társadalmi és egyúttal szellemiségi változások hatására a XX. század végére szükségessé vált a Rochdale-i taxáció felülvizsgálata. A felülvizsgálat eredményeképpen az SZNSZ 1995. szeptember 22-én '*A Szövetkezetek Nemzetközi Szövetségének Állásfoglalása a szövetkezeti identitásról A szövetkezés nemzetközi alapelvei*'⁸ (a továbbiakban: Manchesteri Állásfoglalás vagy Manchesteri dokumentum) címmel bocsátotta ki azt a

(„*Schweizerisches Zivilgesetzbuch vom 10. Dezember 1907*”) szövetkezetekre vonatkozó rendelkezéseit. A német, az osztrák és a francia szövetkezeti szabályozás elemzésére lásd bővebben: Réti Mária: Über die wirtschaftlichen, gesellschaftlichen, und ideologischen Fundamente der ungarischen und einigen internationalen Genossenschaftsregelungen, über die Merkmale und die Bewertung dieser Regelungen, *Annales Universitatis Scientiarum Budapestinensis de Rolando Eötvös Nominatae – Sectio Iuridica*, 2010, Tomus LI, 281-308.

⁴ A Szövetkezetek Nemzetközi Szövetsége (angol elnevezése: International Cooperative Alliance, rövidítve ICA) 1895-ben, londoni székhellyel megalapult, jelenleg hozzávetőlegesen 1 milliárd tagot számláló nemzetközi szervezet. Az SZNSZ honlapjára In: <http://ica.coop/> (2014. 03.11).

⁵ Kuncz 1941.

⁶ Az SZNSZ tevékenységére ld. Kuncz 1941; Réti Mária: *Szövetkezeti jog*, Budapest, ELTE Eötvös Kiadó, 2010, 85-98.

⁷ Rochdale-i elvekként a bizottság a következő nemzetközi szövetkezeti alapelveket rögzítette a felvett elvek körében: 1. a nyitott tagság; 2. a demokratikus igazgatás; 3. a visszatérítés a vásárlás arányában; 4. a korlátozott tőkekamat; 5. a készpénzre eladás; 6. a szövetkezeti továbbképzés előmozdításának; 7. a politikai és vallási semlegesség elvét. A fel nem vett elvek körébe pedig a következők kerültek: 1. a nem tagoknak árusítás tilalma; 2. az önkéntes szövetkezés alapelve; 3. és a piaci áron történő árusítás elve. Az elvek elemzésére lásd részletesen: Kuncz 1941, 439-449.

⁸ A dokumentum eredeti, angol nyelvű elnevezése: „*Statement on the Co-operative Identity*”, a Manchesteri Állásfoglalás megtalálható az SZNSZ honlapján eredeti angol nyelven: <http://ica.coop/> (2014.03.11), a magyar nyelvű változatra lásd: A Szövetkezetek Nemzetközi Szövetségének Állásfoglalása a szövetkezeti identitásról, *Szövetkezés*, 1995/2, 77-78.

nemzetközi dokumentumot, mely a jelenleg hatályos ajánlást tartalmazza a szövetkezetet átható egyedi működési rendezőelvek tekintetében. A dokumentumban meghatározott nemzetközi szövetkezeti alapelvek⁹ a következők: (1.) Önkéntes és nyitott tagság elve; (2.) Demokratikus tagi ellenőrzés elve; (3.) Tagok gazdasági részvételének elve; (4.) Autonómia és függetlenség elve; (5.) Oktatás, képzés, tájékoztatás elve; (6.) Szövetkezetek közötti együttműködés elve; (7.) Közösségi felelősség elve.¹⁰

Szükséges e körben még azt a kiegészítést megtenni, hogy az SZNSZ a Manchesteri Állásfoglalásban a szövetkezeti alapelveken túl ugyancsak ajánlás jelleggel rögzített egy szövetkezeti definíciót¹¹ is, valamint meghatározta a szövetkezetek számára azokat a képviselendő és betartandó értékeket,¹² melyeket működésük során ajánlott érvényre juttatniuk. A Manchesteri Állásfoglalásban rögzített nemzetközi szövetkezeti alapelvek, a megfogalmazott szövetkezeti definíció és értékek, ahogy korábban a Rochdale-i taxáció, mind a szövetkezeti jogalkotás, mind a gyakorlat számára iránymutatásként szolgálnak annak érdekében, hogy a szövetkezet sajátos gazdasági lényege, különös, kettős célkitűzéssel rendelkező működési tartalma jogszabályi szinten, de a gyakorlatban is torzulásmentes maradjon, megőrizve a Rochdale-i hagyományokat.

Jelen elemzés tárgya megvizsgálni, hogy a szövetkezetet érintő, hatályba lépett új szabályozás, konkrétan a Polgári Törvénykönyvről szóló 2013. évi V. törvény (a továbbiakban: Ptk.) szövetkezetekre vonatkozó rendelkezései a magyar szövetkezeti jogalkotási hagyományokat követve, illetve azokra is figyelemmel, miként juttatják érvényre az SZNSZ Manchesteri dokumentumában foglaltakat. Hangsúlyozottan megjegyezzük, hogy az elemzés során, az összehasonlító jogi vizsgálat körében a 2006. évi X. törvény, másként jelölve Sztv. vagy korábbi szövetkezeti törvény alatt a törvény 2014. március 14. napjáig hatályban volt változatát értjük.

1. A hatályos magyar szövetkezeti jog felépítéséről

A szövetkezetekre irányadó hatályos magyar joganyag lépcsőzetesen épül fel. A Ptk. szövetkezetekre vonatkozó rendelkezései a törvény Harmadik Könyv *A Jogi személy*, Negyedik részben találhatóak. A Harmadik Könyv szabályozási felfogása tekintetében megállapítható, hogy *Általános rendelkezések* főcím alatt meghatározza a társas vállalkozásokra, így a szövetkezetekre is vonatkozó közös általános szabályokat, majd ezt követően rögzíti az egyes társas vállalkozási formákra irányadó speciális

⁹ A Manchesteri elvek elemzésére lásd: Bak Klára: A nemzetközi szövetkezeti alapelvek és a szövetkezet fogalmának összefüggései a szabályozásban, *Szövetkezés*, 2012/1-2, 9-33.

¹⁰ A nemzetközi szövetkezeti alapelvek tekintetében lásd Bobvos Pál: *Magyar szövetkezeti jogtan*, Szeged, SZTE ÁJK – JATEPress, 2011, 23-29.; Csák Csilla: Szövetkezeti alapelvek az SZNSZ kongresszusának megfogalmazásában és tükröződésük a magyar szövetkezeti mozgalomban, *Gazdaság és Jog*, 2000/11, 24-27.

¹¹ A Manchesteri dokumentum a szövetkezetet a következők szerint határozza meg: „A szövetkezet olyan személyek autonóm társulása, akik önkéntesen egyesültek abból a célból, hogy közös gazdasági, társadalmi és kulturális céljait közös tulajdonú és demokratikusan irányított vállalkozásuk útján megvalósítsák.”

¹² A Manchesteri Állásfoglalás a következő értékeket szerepelteti: „önsegély”, „egyéni felelősség”, „demokrácia”, „egyenlőség”, „igazságosság”, „szolidaritás”, „becsületesség”, „nyíltság”, „társadalmi felelősség”, „másokért való törődés.”

rendelkezéseket. A szövetkezetre vonatkozó különös szabályokat konkrétan a Harmadik Könyv Negyedik rész 3:325-3:367.§-ok tartalmazzák. Az elemzés kifejezetten az említett szakaszok tekintetében vizsgálja a nemzetközi szövetkezeti alapelvek érvényesülését, de a szövetkezetekre irányadó hatályos jogszabályi környezet megértése szempontjából kiemeljük e körben, hogy a 2014. március 14. óta hatályban lévő, módosított 2006. évi X. törvény lényeges, a Ptk. rendelkezéseit kiegészítő szabályokat állapít meg egyrészt a szövetkezetekre vonatkozóan általában, másrészt pedig bizonyos szövetkezeti típusok esetében, konkrétan az iskolaszövetkezet, a szociális szövetkezet, a foglalkoztatási szövetkezet, az agrárgazdasági szövetkezet tekintetében. Az egyes szövetkezeti típusokat illetően a sajátos szabályok kimunkálását az adott típusok hatékonyabb működése érdekében tartotta szükségesnek a jogalkotó. A 2006. évi X. törvény az említett típusok tekintetében tehát kötelező erejű, speciális rendelkezéseket fogalmaz meg, ahogy bizonyos egyéb szövetkezeti típusokra vonatkozóan más külön jogszabályok.¹³

A hatályos magyar szövetkezeti szabályozás tehát lépcsőzetesen, koherens módon épül fel akként, hogy jelenleg a szövetkezetekre irányadóak a Ptk. Harmadik Könyvének általános, valamint a szövetkezetre vonatkozó sajátos rendelkezései, illetve a 2006. évi X. törvény kötelező erejű rendelkezései is.

2. A Polgári Törvénykönyv szövetkezet fogalmáról a nemzetközi szövetkezeti alapelvekkel összefüggésben

A Polgári Törvénykönyv a Negyedik rész első rendelkezéseként a szövetkezet fogalmát a szövetkezet tevékenységével összekapcsolva határozza meg a 3:325. § (1) és (2) bekezdésben a következők szerint: „*A szövetkezet a tagok vagyoni hozzájárulásából álló tőkével alapított, a nyitott tagság és a változó tőke elvei szerint működő, a tagok gazdasági és társadalmi szükségleteinek kielégítésére irányuló tevékenységet végző jogi személy, amelynél a tag kötelezettsége a szövetkezettel szemben vagyoni hozzájárulásának szolgáltatására és az alapszabályban meghatározott személyes közreműködésre terjed ki. A szövetkezet kötelezettségeiért a tag nem köteles helytállni. A szövetkezet tevékenysége értékesítésre, beszerzésre, termelésre és szolgáltatásra irányulhat.*”

A Ptk. szövetkezet fogalmáról alapvetés jelleggel megállapítható, hogy szellemiségét tekintve követi a magyar szövetkezeti szabályozási hagyományokat a szövetkezet meghatározása tekintetében, s nagymértékű egyezőséget mutat a korábbi szövetkezeti törvény, a szövetkezetről szóló 2006. évi X. törvény (a továbbiakban: Sztv.) szövetkezet definíciójával¹⁴ is. Hasonlóan az Sztv. szövetkezet fogalmához, a Ptk. is rögzíti a fogalomban a szövetkezet-specifikus ismérvek közül a nyitott tagság és a változó tőke elvének érvényesülését a szövetkezeti tagsági jogviszony létrehozatala körében, valamint kifejezésre juttatja a szövetkezet komplex célkitűzésrendszerét.

¹³ Így például a lakásszövetkezetekről szóló 2004. évi CXV. törvény a lakásszövetkezetekre, valamint a takaré- és hitelszövetkezetekre irányadó hitelintézetekről és pénzügyi vállalkozásokról szóló 2013. évi CCXXXV. törvény.

¹⁴ A 2006. évi X. törvény a szövetkezetet a következők szerint definiálta: „7. § *A szövetkezet az alapszabályban meghatározott összegű részjegytőkével alapított, a nyitott tagság és a változó tőke elvei szerint működő, jogi személyiséggel rendelkező szervezet, amelynek célja a tagjai gazdasági, valamint más társadalmi (kulturális, oktatási, szociális, egészségügyi) szükségletei kielégítésének elősegítése.*”

Többletként pedig a korábbi törvényhez képest, a Ptk. már a fogalomban megjeleníti a szövetkezeti tag kettős kötelezettségét a szövetkezet irányába, valamint a definícióhoz kapcsolódóan meghatározza azokat a tevékenységeket, amelyekre a szövetkezet működése irányul.

2.1. A nyitott tagság elvéről

Ahogy az Sztv., a Ptk. is a szövetkezet alapvető, fogalmi szintű ismertető jegyének tekinti azt a sajátosságot, miszerint a szövetkezet a nyitott tagság elve és az abból okszerűen következő változó tőke elve mentén működik.¹⁵ E körben lényeges megjegyezni, hogy a nyitott tagság elvének alapvető szövetkezeti fogalmi elemként való megjelenítése az európai szabályozásokban nagy múlttal rendelkezik. Példaként említhető a német¹⁶, az osztrák¹⁷, valamint a svájci¹⁸ szövetkezeti szabályozás, melyek a

¹⁵ Galovits Zoltán Magyar szövetkezeti jog című munkájában a nyitott tagság és változó tőke elvével kapcsolatosan a következő gondolatokat fogalmazta meg: „A tagok meg nem határozott száma, a tagok számában és személyében folyton előforduló változások, és az ezek folytán mindig ingadozó társasági vagyon (société a capital variable) képezik a szövetkezet fő, a többi kereskedelmi és magánjogi társaságoktól megkülönböztető jellemvonását.” Az idézet konkrétan megtalálható: Galovits Zoltán: *A magyar szövetkezeti jog*, Budapest, Pátria Irodalmi Vállalat és Nyomdai Részvénytársaság, 1901, 28.

¹⁶ A hatályos német szövetkezeti törvény („Gesetz betreffend die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften”) fogalom-meghatározása: „A szövetkezet. Azok a le nem zárt taglétszámmal rendelkező társaságok, melyek célja a tagok gazdaságának vagy szociális, illetve kulturális szükségleteinek közös üzemén keresztül támogatása (szövetkezetek) a törvény értelmében „bejegyzett szövetkezet” jogait szerzik meg. Társaságokban, illetve más személyegyesülésekben való részvételük (beleértve a közjog hatálya alá tartozó szervezetekben való részvételüket is) megengedett, ha e részvétel 1. a szövetkezeti tagok keresetének vagy gazdaságának, illetve szociális vagy kulturális szükségleteinek támogatását, vagy 2. a szövetkezet közérdekei törekvéseinek megvalósulását szolgálja anélkül, hogy az kizárólag/kifejezetten vagy túlnyomórészt kifejezetten a szövetkezet célját képezné.” A törvény eredeti német nyelven elérhető: <http://www.gesetze-im-internet.de/geng/index.html> (2014.03.12).

¹⁷ A hatályos osztrák szövetkezeti törvény („Gesetz vom 9. April 1873, über Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften”) meghatározása: „1.§(1) Jelen törvény le nem zárt taglétszámú, jogi személyiséggel rendelkező személyegyesülésekre vonatkozik, melyek lényegében/mindenekelőtt tagjaik keresetének és gazdaságának támogatására szolgálnak (szövetkezetek), mint a hitel-, beszerző-, értékesítő-, fogyasztási-, építő-, lakás-, házépítő szövetkezetek. (2) A szövetkezetek előmozdításának/támogatásának eszköze lehet részvételük/érdekeltségük a vállalkozások joga, a szövetkezeti jog, az egyesületek joga hatálya alá tartozó jogi személyekben, valamint vállalkozási tevékenységet folytató bejegyzett személyegyesítő társaságokban, ha ez a részvétel a szövetkezet alapszabályban meghatározott céljának megvalósulását és elsősorban nem a jövedelemszerzést célozza. Szövetkezetek a Tanács „az Európai Szövetkezet (SCE) Statútumáról” szóló 1435/2003/EK Rendelete 1 cikkének (3) bekezdésében rögzített célokat is megvalósíthatnak.” A törvény elérhető eredeti, német nyelven: <https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10001680> (2014.03.11.)

¹⁸ Svájcban a szövetkezetre vonatkozó szabályokat a Polgári Törvénykönyv (Schweizerisches Zivilgesetzbuch vom 10. Dezember 1907) tartalmazza. A szövetkezet fogalmát a törvény a következőképpen rögzíti: „828. cikk A. A magánjogi szövetkezetek 1. A szövetkezet le nem zárt taglétszámú kereskedelmi társaságok vagy személyek testületé szervezett egyesülése, amely legfőképpen tagjainak támogatását vagy a tagok meghatározott gazdasági érdekeinek biztosítását célozza a közösségi önségly mentén. A szövetkezetek esetében az előre meghatározott alaptőke nem megengedett. 829. cikk B. A közjogi szövetkezetek. A közjog hatálya alá tartozó személyegyesülések, akkor is, ha szövetkezeti célkitűzésekkel rendelkező, a szövetség és a kantonok közjogi hatálya alá tartoznak.” A svájci Polgári Törvénykönyv

nyitott tagság elvét kezdetektől a 'le nem zárt taglétszám' kifejezéssel jelenítik meg a szövetkezet definíciójában. Figyelemmel arra, hogy a XIX. századi magyar szövetkezeti jog a német/porosz szabályozást tekintette mintáértékűnek, az 1875. évi XXXVII. tc-ben rögzített Kereskedelmi Törvény (a továbbiakban: KT) is hasonlóan, konkrétan a 'meg nem határozott számú tagból álló' kifejezéssel juttatta érvényre a nyitott tagság elvének tételét a szövetkezet fogalmában¹⁹.

A Ptk. szabályozása, mely a korábbi szövetkezeti törvény szabályozási felfogását követve a változó tőke elvét fogalmi szinten rögzíti, azaz a tagságra irányuló szabályozást összekapcsolja az abból következő vagyoni jogi sajátossággal a definícióban – nemzetközi viszonylatot tekintve is – mintáértékű a magyar szövetkezeti szabályozásban, s véleményünk szerint magas szintű jogalkotói átgondolást tükröz.

A Manchesteri Állásfoglalás első helyen rögzített, 'Önkéntes és nyitott tagság' elnevezésű alaptételének jelentéstartalma összetett. Az elv értelmében a szövetkezet tagja bárki lehet, a szövetkezetbe bárki bármikor szabadon beléphet, illetőleg onnan bármikor szabadon ki is léphet. Az alapelv kizárja tehát bármilyen természetű diszkrimináció érvényre juttatását a tagsági jogviszony létrehozatala körében. Szükséges azonban ehhez a szabályhoz azt a kiegészítő megjegyzést fűzni, hogy természetesen a gyakorlati működés szempontjából indokolható, azaz ésszerű korlátozás bevezethető alapszabályi szinten anélkül, hogy az egyenlő elbánás elvének érvényesülése a tagfelvétel során csorbulna. A nyitott tagság elvének ezt a kiterjesztett értelmezését támasztja alá a Ptk. 3:354. § (2) bekezdése is, mely szerint a tagságra jelentkező személynek a tagfelvételi kérelmében nyilatkoznia kell a szövetkezet alapszabályában foglalt elfogadásáról és a vállalt vagyoni hozzájárulásról. E szakasz rögzíti azt is, hogy a tagfelvételi kérelemben a szövetkezetbe belépni kívánó tagnak személyes közreműködés vállalása esetén, a személyes közreműködés tartalmát is meg kell határoznia. Szövetkezetet tehát csak olyan személy alapíthat, illetve abba tagként csak olyan személy léphet be, aki az alapszabályban foglaltakat, így az abban szereplő kötelezettségeket is magára nézve kötelezőnek ismeri el, illetőleg azokat előreláthatóan teljesíteni képes. Lényeges azonban, hogy az alapszabályban rögzített feltételek nem rendelkezhetnek diszkriminatív tartalommal.²⁰

2.2. A szövetkezet kettős célkitűzése

Ahogy a fentiekben érintőlegesen említésre került, a Ptk. is tartalmazza fogalmi elemként a szövetkezet komplex tartalmát megjelenítő kettős célkitűzést, miszerint a szövetkezet egyrészt a tagok vagyoni előmenetelét, másrésztől társadalmi státuszuk megerősítését, társadalmi előmenetelüket is hivatott biztosítani. A magyar szövetkezeti szabályozásnak tradicionálisan jellemzője a komplex célkitűzés fogalmi elemként való

elérhető német nyelven: <http://www.admin.ch/ch/d/sr/220/index3.html#id-3-29>, (2014. 03.12).

¹⁹ A szövetkezet fogalmát lásd: 1875. évi XXXVII. törvénycikk „Kereskedelmi Törvény“, 223.§, in: <http://www.1000ev.hu/index.php?a=3¶m=5692> (2014.03.12).

²⁰ A Manchesteri dokumentum a szövetkezeti egyenlő bánásmód elvét a következők szerint határozza meg: „A szövetkezetek önkéntes szervezetek, melyek nyitva állnak – nem, társadalmi, faji, politikai, vagy vallási megkülönböztetés nélkül – mindenki számára, akinek hasznára lehetnek szolgáltatásai és aki elfogadja a tagsággal járó felelősséget.”

elismerése. Ellentétben azonban a korábbi szövetkezeti törvénnyel, a Ptk. a tagok társadalmi szükségletével kapcsolatosan nem tartalmaz részletező felsorolást. A társadalmi szükséglet lehet például – ahogy azt az Sztv. szerinti fogalom konkrétan fel is tüntette – oktatási, kulturális, oktatási, szociális, illetve egészségügyi természetű.²¹

A szövetkezet komplex természete a nyitott tagság elvéhez hasonlóan már a Rochdale-i szövetkezet alapszabályában is rendező elvként szerepelt,²² illetve a Manchesteri Állásfoglalás szövetkezeti definíciójában is feltüntetésre került.²³ A definíción túl a Manchesteri Állásfoglalás az 'Oktatás, képzés, tájékoztatás' szövetkezeti alapelvvel, a 'Tagok gazdasági részvétele' alapelv tartalmi elemeként szereplő kötelező tartalék képzésének szabályával, illetve bizonyos felsorolt szövetkezeti értékekkel, mint például szolidaritás, illetve önszegély is kívánja érzékeltetni, hogy a szövetkezet nem csupán minél magasabb összegű nyereség elérésére törekszik, hanem tagjai életminőségét mind gazdasági szempontból, mind társadalmi státuszuk tekintetében előmozdítani célozza. Lényeges e körben utalni a Tanácsnak az *Európai Szövetkezet Statútumáról* szóló 1435/2003 EK Rendeletére (a továbbiakban: Rendelet)²⁴ is, mely Preambuluma 10) pontjában kifejezetten hangsúlyozza, hogy az Európai Szövetkezet célkitűzése összetett, melyet a szövetkezeti sajátos rendezőelvekkel összhangban kíván megvalósítani.²⁵

2.3. A szövetkezeti tag kettős természetű kötelezettsége a szövetkezet irányába

Az Sztv. definíciójához képest a Ptk. szövetkezet fogalmában új elemként, de a magyar szövetkezeti szabályozásban nem teljes újdonságként²⁶ jelenik meg az utalás arra a kettős természetű kötelezettségre, miszerint a szövetkezetben tagsági jogviszonyt létrehozni kívánó személynek a vagyoni hozzájárulás teljesítése mellett személyes közreműködést is vállalnia szükséges. S ahogy általánosságban véve a szövetkezeti szabályozásokra jellemző, a Ptk. a szövetkezeti tag kettős kötelezettségére vonatkozó

²¹ Sztv. 7. §.

²² A szövetkezet sajátos célkitűzésrendszerét, jogi természetét illetően ld. Czettler Jenő – Ihrig Károly: *Szövetkezeti Ismeretek*, Budapest, Pátria Irodalmi Vállalat és Nyomdai Részvénytársaság, 1926; Navratil Ákos: *Közgazdaságtan*. I. kötet. Budapest, 1933, 266-267.; a jelenkori elemzők közül Domé Györgyné: A szövetkezetek jogi szabályozásának múltja, jelene és jövője, in: *Tanulmányok Veres József egyetemi tanár 70. születésnapjára*. Szeged, 1999.

²³ Kuncz 1941.

²⁴ A Rendelet feldolgozó elemzésére ld. Réti Mária: Az Európai Szövetkezet (SCE) Statútumáról szóló tanácsi rendeletben foglalt általános jellemvonásokról és egyes előírásokról, figyelemmel "A szövetkezetekről" szóló 2006. évi X. törvényre, *Európai Jog*, 2007/1, 33-42.; ld. tovább Prugberger Tamás: Az „Európai szövetkezetekről” szóló rendelet a magyar szabályozás és a nyugat-európai szövetkezeti jogi szabályozás tükrében, *Szövetkezés*, 2003/3, 39-40.

²⁵ „Az európai szövetkezet (a továbbiakban: „SCE”) alapvető célja tagjai szükségleteinek kielégítése és/vagy azok gazdasági és/vagy szociális tevékenységeinek fejlesztése a következő alapelvekkel összhangban.”

²⁶ A magyar szabályozást tekintve a szövetkezeti tag kettős természetű kötelezettségének definíciójában történő megjelenítését illetően az 1947. évi XI. törvény, 1971. évi III. törvény, valamint az 1992. évi I. törvény fogalom-meghatározása szolgál példaként. Szükséges azonban ezekkel a szabályozásokkal kapcsolatosan megjegyezni, hogy ezek a törvények kizárólag olyan tagsági jogviszonyt szabályoztak, ahol a tagnak mind személyes közreműködési, mind vagyoni hozzájárulási kötelezettsége volt. A személyes közreműködést nem vállaló tag jogintézményéről az említett törvények nem rendelkeztek.

részletszabályokat a létesítő okirat szabályai, valamint a tag jogaira és kötelezettségeire vonatkozó rendelkezések körében tárgyalja. Álláspontunk szerint a tag kettős természetű kötelezettségének definícióban történő megjelenítése azért nem minősül helytállónak, mert a 2006. évi X. törvény hatályba lépése óta a szövetkezetnek lehetnek olyan tagjai is – meghatározott korlátozó szabályokkal – akik személyes közreműködési kötelezettséget nem vállalnak, hanem kifejezetten csak vagyoni hozzájárulást teljesítenek. Ezeket a tagokat a jelenkori szabályozások befektető tagnak,²⁷ illetve személyes közreműködést nem vállaló tagnak²⁸ nevezik. Ennek a tagsági típusnak a célja az, hogyha valaki pénzt kíván fektetni egy vállalkozásba, anélkül hogy egyéb, a személyét is érintő kötelezettséget végeznie kellene, megtehesse egy szövetkezet esetében is, növelve ezzel a szövetkezet tőkét.

Noha a Ptk. kifejezetten nem rendelkezik a befektető tag jogintézményéről, egyes rendelkezéseiből kikövetkeztethető, hogy létrehozható a Ptk. alapján tagsági jogviszony a szövetkezetben személyes közreműködés vállalása nélkül is.²⁹ Figyelemmel ezen szempontra, továbbá tekintettel arra, hogy a vagyoni hozzájárulás teljesítése nem kifejezetten szövetkezet-specifikus elem – annak ellenére, hogy a 'Tagok gazdasági részvétele' elvének egy szeleteként értelmezendő – a fent elemzett tételt helyesebb lett volna kizárólag a tag jogai és kötelezettségei körében feltüntetni.

2.4. A szövetkezet főbb tevékenységei

A Ptk. a szövetkezet definíciójával összekapcsoltan, de nem fogalmi elemként rögzíti a szövetkezet által végzett tipikus tevékenységeket is négy nagy körben: értékesítés, beszerzés, termelés és szolgáltatás. Az európai szövetkezeti szabályozások tekintetében ennek a szabályozási felfogásnak hagyománya van akként, hogy számos európai szövetkezeti joganyagban kifejezetten a szövetkezeti fogalom részeként jelenik meg, vagy jelent meg a szövetkezet által tipikusan végzett tevékenységek köre. Példaként említhető az 1889-ben hatályba lépett német Birodalmi szövetkezeti törvény, mely részletes felsorolást tartalmazott a definícióban a szövetkezet típusaira vonatkozóan, utalva ezzel a szövetkezetek által végzett tevékenységekre is: „1. előlegezési- és hitelegyesületek, 2. nyersanyag közös beszerzésére alapított egyesületek, 3. mezőgazdasági és ipari termékek közös értékesítésére létrejött egyesületek, (értékesítőszövetkezetek, raktáregyesületek), 4. termékeket előállító és közösségi számlára értékesítő egyesületek (termelőszövetkezetek) 5. élelmiszer és egyéb gazdasági szükségletek vásárlása nagytételben és árusítása kistételben (fogyasztási egyesületek), 6. mezőgazdasági vagy ipari termékek beszerzésére és azok közös felhasználására létrejött egyesületek, 7. lakásépítő egyesületek”.³⁰

²⁷ A német szövetkezeti szabályozásban: német szövetkezeti törvény (Ij.14.) 8.§ (2) bekezdés, elnevezése: Investierende Mitglieder (befektető tagok), az osztrák szabályozásban (Ij.15.) 5a§ (2) bekezdés, elnevezés: Investierende (nicht nutzende) Mitglieder (befektető (nem 'felhasználó') tagok)

²⁸ A Ptk. a személyes közreműködést nem vállaló tag kifejezést használja.

²⁹ A személyes közreműködést nem vállaló tagi státusz létrehozatalának lehetőségére utal a Ptk. 3:326§ (2) bekezdés, 3:332.§ (2) bekezdés.

³⁰ A Birodalmi törvényben rögzített típusokhoz azt a kiegészítő megjegyzést szükséges fűzni, hogy a felsorolt, üzemkiegészítés elve alapján működő szerveződések a törvény értelmében 'bejegyzett szövetkezet'-nek minősülhettek.

Hasonló felfogást követett a XIX. században a magyar KT is az alábbi taxációval: „előlegezési és hitelegyletek; a nyersanyag közös beszerzésére, közös raktár tartására, vagy közös termelésre alakult egyletek; a fogyasztási egyletek; a laképítő társaságok; a kölcsönös biztosító társaságok.”³¹

A jelenkori hatályos szövetkezeti szabályozások közül például az osztrák és a francia szabályozás tartotta meg ezt a hagyományt. A hatályos osztrák szövetkezeti törvény³² – melynek szövetkezeti fogalma a XIX. századra nyúlik vissza – példálózó felsorolást ad a szövetkezeti típusok tekintetében az alábbiak szerint: ‘hitel-, beszerző-, értékesítő-, fogyasztási-, építő-, lakás-, házipépítő szövetkezetek.’ A francia szövetkezeti törvény pedig mintaértékűen akként szabályoz a fogalomban, hogy „a szövetkezetek tevékenységüket az emberi tevékenységek minden ágában gyakorolják”³³

Álláspontunk szerint a Ptk.-ban szereplő felsorolás a szövetkezetek tevékenységére vonatkozóan helyes alapokon nyugszik, ugyanis – hasonlóan a francia szövetkezeti törvényhez – érzékelteti, hogy a szövetkezetek a gazdaság minden szektorában jelenlévő szervezeti-jogi keretnek minősülnek.³⁴

3. A ‘Tagok gazdasági részvétele elvének’ érvényre jutása a Ptk.-ban

A Manchesteri Állásfoglalás által ‘Tagok gazdasági részvételének elve’ elnevezéssel meghatározott, a felsorolásban harmadik helyen szereplő nemzetközi szövetkezeti alapelv a szövetkezet működésére vonatkozó szabályok tekintetében – döntően a vagyonjog körében – rögzít iránymutatásokat.³⁵

³¹ KT 223. §.

³² Lásd a hatályos osztrák szövetkezeti törvény szövetkezet fogalmára magyar nyelven.

³³ A francia szövetkezeti törvény a szövetkezetet a következőképpen definiálja: 47-1775 számú 1947. szeptember 10-i törvény a szövetkezetekről (Hivatalos Közlöny 1947. szeptember 11.) “A szövetkezetek olyan társaságok, amelyeknek alapvető céljai: 1. A szövetkezet tagjai közös erőfeszítésével és tagjai javára úgy igyekeznek csökkenteni egyes termékek vagy egyes szolgáltatások előállításí árát és adott esetben az eladási árát, hogy saját tevékenységként biztosítsa azon vállalkozói és közvetítói tevékenységeket, amelyek költsége egyébként (külső szövetkezeten kívüli vállalkozó vagy közvetítő igénybe vétele esetén) a termékek árát terhelné. 2. A tagjaiknak szállított vagy a tagok által termelt és a fogyasztóknak szállított termékek minőségének javítása. 3. És általánosságban hozzájárulni a tagok és a tagok szükségleteinek kielégítéséhez és a szociális és gazdasági tevékenységük fejlesztéséhez, valamint a képzésükhez. A szövetkezetek tevékenységüket az emberi tevékenységek minden ágában gyakorolják.” Francia nyelvből fordította: Dr. Longa Anna, PhD hallgató, ELTE Állam- és Jogtudományi Kar, Agrárjog Tanszék.

³⁴ E körben megjegyezzük, hogy erre a tulajdonságukra figyelemmel, miszerint a gazdaság bármely szektorában tevékenykedni képesek – váltak a szövetkezetek a szociális gazdaság alapvető intézményévé. A szövetkezetek foglalkoztatáspolitikában betöltött szerepére ld. Bak Klára – Réti Mária: Die Rolle der Genossenschaften in der Sozial- und Beschäftigungspolitik, die Tendenz der internationalen und der ungarischen genossenschaftlichen Rechtsgebung: A szövetkezetek szociál/foglalkoztatáspolitikában betöltött szerepéről, a nemzetközi és a magyar szövetkezeti jogalkotás irányairól, *Agrár- és Környezetjog*, 2013/15, 5-38.

³⁵ E körben értékes elemzésnek tekinthető: Veres József: A szövetkezeti modellek jogi szabályozása *Acta Juridica et Politica*, 2004, Tomus LXIV. Fasc. 1-28., 461-474.

3.1. A vagyoni hozzájárulás teljesítéséről

A 'Tagok gazdasági részvétele' alapelv zsinórmértékül szolgálóan rendelkezik a szövetkezeti tag vagyoni hozzájárulásával kapcsolatosan. Az elv magában foglalja azt a tételt, hogy minden tagnak 'igazságos' módon bizonyos mértékű vagyoni hozzájárulást kell teljesítenie a szövetkezet irányába. Ebből a tételből alapvetően következik, hogy a szövetkezet esetében – mint minden társas vállalkozás esetében – a tagsági jogviszony létrehozatalának alapvető feltétele bizonyos mértékű vagyoni hozzájárulás teljesítése.³⁶ Egyes szövetkezeti szabályozásokban, így például az Európai Szövetkezetekre vonatkozó Rendeletben, konkrétan szerepel, hogy milyen mértékű alaptőke szükséges a szövetkezet megalapításához,³⁷ más szabályozások azonban az alapító tőke mértékének meghatározását alapszabályi hatáskörbe utalják.³⁸

A Ptk. az utóbbi szabályozási felfogást követve alapszabályi hatáskörbe utalja a kérdést. A törvény a szövetkezet létesítő okiratára vonatkozó rendelkezések körében, konkrétan a 3:331. § (4) bekezdés a) pontjában valamint az (5) bekezdésben azt rögzíti, hogy a szövetkezet alapszabályában kell meghatározni a vagyoni hozzájárulás azon mértékét, amelynek teljesítése minden tag számára kötelező. A szabályozás tehát összecseng a Manchesteri dokumentumban foglaltakkal, ugyanis a Ptk. a tag alapvető kötelezettségének tekinti a vagyoni hozzájárulás teljesítését, melyről az alapszabálynak rendelkeznie kell. E kötelezettséget kiindulópontként kezelve, az alapszabályban a tagok kifejezetten a vagyoni hozzájárulás mértékét határozhatják meg. A vagyoni hozzájárulás Ptk.-beli szabályait illetően szükséges azt a hiányosságot kiemelni, hogy a törvény nem tartalmazza azt az alapvető vagyoni jogi kategóriát, mely a tag vagyoni hozzájárulását megtestesíti, s amely tulajdonképpen manifesztumát képezi annak is, hogy a szövetkezeti tagot a szövetkezetben jogok illetik meg és kötelezettségek terhelik.³⁹ A

³⁶ A Rochdale-i szövetkezetben az alapító tagok egységesen 1-1 font vagyoni hozzájárulást teljesítettek. A XIX. században azonban a vagyoni hozzájárulás teljesítésének szükségessége nem minősült egyértelműnek. Jogtörténeti szempontból elengedhetetlen utalni e körben a Raiffeisen és Hermann Schultze-Delitzsch közötti eltérő szemléletre. Raiffeisen – akinek célja a kis tőkével rendelkező, gazdálkodó réteg megerősítése volt a mezőgazdasági hitelszövetkezeteken keresztül – azon az állásponton volt, hogy ne legyen kötelező a szövetkezeti tagoknak vagyoni hozzájárulást teljesíteni. Schultze-Delitzsch, az első porosz szövetkezeti törvény kimunkálójá, aki Németországban az ipari szövetkezetek meghonosítását tűzte ki célul, pedig azt a nézetet képviselte, hogy a szövetkezet önségély alapján való működése tulajdonképpen értelmezhetetlen, ha a tagok bizonyos mértékű vagyoni hozzájárulás teljesítésére sem képesek. A két szemlélet közül a Schultze-Delitzsch-féle szabályozási felfogás terjedt el, mely a Rochdale-i szövetkezet alapszabályában foglaltakkal is harmonizál. ld. a leírtakra: Galovits 1901, 93.

³⁷ Rendelet 3 cikk (2) bekezdés „A jegyzett tőke összege 30.000 eurónál nem lehet kevesebb.” In: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=CONSLEG:2003R1435:20030821:HU:PDF> (2014.03.11).

³⁸ Hagyományosan ilyen a magyar szabályozás.

³⁹ A magyar szövetkezeti jogban hagyományosan a részjegy testesítette meg a tag vagyoni hozzájárulását, illetve a tag jogait és kötelezettségeit a szövetkezetben. A részjegy jogi természetének elemzésére ld. DoméMária: A szövetkezeti részjegy és üzletrész közös és eltérő vonásai, *Jogtudományi Közlemény*, 1994/11-12, 13-22.; továbbá Réti Mária: Észrevételek az egységes szövetkezeti törvény megalkotásához, *Szövetkezés*, 2005/1, 173-192.

szabályozás kiegészítése e tekintetben javasolt figyelemmel a magyar és az európai szabályozási hagyományokra is a vagyonjog körében.⁴⁰

3.2. A nyereség felosztásának speciális módjáról

A 'Tagok gazdasági részvételének alapelve' a Rochdale-i alapszabály 22. pontjában⁴¹ foglaltakat tekinti kiindulópontnak a szövetkezet nyeresége felosztására vonatkozóan. Az alaptétel rögzíti, hogy a szövetkezeti tagok a vagyoni hozzájárulásuk arányában fizetendő osztalékra csupán korlátozott mértékben jogosultak. A szövetkezetben az adózott eredmény felosztása körében elsősorban a visszatérítés a vásárlás arányában elve kell, hogy érvényesüljön, valamint megfelelő mértékű tartalékalap képzése szükséges. A Ptk.-ban a visszatérítés elve a szövetkezeti tag alapvető jogait szabályozó 3:356. §-on belül a (2) bekezdésben markánsan kifejezésre jut a következők szerint: „*A szövetkezet nyereségének a felét a tagok között személyes közreműködésük arányában kell felosztani; semmis az alapszabály azon rendelkezése, amely a nyereség személyes közreműködés arányában felosztandó részét a nyereség felénél kisebb mértékben határozza meg.*”

A tartalékképzésre vonatkozóan a Ptk. szabályozása azonban csekélynek bizonyul. Míg a korábbi szövetkezeti törvény a közösségi alapként nevezett tartalékalapra vonatkozóan részletes vagyonjogi szabályokat rögzített, valamint meghatározta taxatív módon azokat a jogcímeteket, amelyek alapján a tagok, illetve hozzátartozóik számára juttatás, valamint támogatás nyújtható volt, a jelenlegi szabály a közösségi alapra vonatkozó részletszabályokat alapszabályi hatáskörbe utalja a 331. § (4) bekezdés d) pontja értelmében. E körben megjegyezzük, hogy az Sztv. szabályozási felfogása a juttatások és támogatások körének kifejezett törvényi meghatározásával követendő példának tekintendő. Az Sztv. felsorolásában szerepelt az oktatási cél is, mely a szövetkezet hagyományaitól a kezdetektől fogva elválaszthatatlan, ezért is jelent meg az 'Oktatás, képzés, tájékoztatás elve' a Manchesteri dokumentumban külön rendezőelvként.

A Ptk. a közösségi alap jogi természetére vonatkozóan pedig három rendelkezést rögzít. A 3:334. § alapján a közösségi alapba helyezett vagyon fel nem osztható szövetkezeti vagyonnak minősül.

Második az első rendelkezéshez szorosan kapcsolódó azon jellemvonás, hogy a tartalékalapba helyezett vagyont a Ptk. 3:334. § (2) bekezdése szerint a szövetkezet gazdasági társasággá való átalakulása vagy jogutód nélküli megszűnése esetén – a hitelezőkkel való elszámolást követően – az alapszabály rendelkezése szerinti szervezet részére kell átadni. E körben szükség megjegyezni, hogy az Sztv. alapján a közösségi

⁴⁰ A német szövetkezeti szabályozásban a tag vagyoni hozzájárulását az üzletrész testesíti meg, A német szövetkezeti vagyonjogra lásd bővebben: Réti: 2010, 52-60.; Réti Mária: A kereskedelmi társaságok vagyonjogi szabályairól, *Jogtudományi Közlemény*, 2005/3, 99-116.; illetve Bak Klára: A szövetkezeti vagyonjog alapkategóriáiról a magyar és a német szövetkezeti szabályozás alapján, *Jogi Tanulmányok*, 2012, 17-32.

⁴¹ Kuncz 1941. Az alapszabály eredeti, angol nyelvű szövegére ld. http://www.rochdalepioneersmuseum.coop/wp-content/uploads/2012/03/toadLaneBrochure_English.pdf (2014.03.12).

alapban lévő vagyont a szövetkezet gazdasági társasággá való átalakulása vagy jogutód nélküli megszűnése esetén kizárólag szövetkezet vagy szövetkezeti szövetség részére lehetett átadni, nem bármilyen típusú szervezeti-jogi keret számára. Természetesen az a feltétel, hogy a konkrét szövetkezetet vagy szövetkezeti szövetséget az alapszabálynak tartalmaznia kellett, alapvető feltétel volt.⁴²

Harmadik ismertetőjegyként a közösségi alappal kapcsolatosan a Ptk. azt rögzíti helyes jogalkotói felfogás mentén, harmonizálva a korábbi szabályozással, hogy sem a nyereségfelosztás körében, sem a tagsági jogviszony megszűnése esetén az elszámolás tekintetében, ez a vagyon figyelembe nem vehető.

Álláspontunk szerint a Ptk. a 'Tagok gazdasági részvétele' alapelv körében a visszatérítés a vásárlás arányában elvét megfelelően érvényre juttatja, azonban a kötelező tartalék szabályai átgondolásra szorulnak.

4. A 'Demokratikus tagi ellenőrzés' alapelv érvényesülése a Ptk.-ban

A Manchesteri dokumentumban második helyen szereplő 'Demokratikus tagi ellenőrzés elve' kifejezésre juttatja, hogy a szövetkezetek demokratikusan felépített szervezetek, melyekben a tagokat vagyoni hozzájárulásuk mértékétől függetlenül azonos jogok illetik meg.⁴³ Ennek a rendezőelvnek egyik megjelenése a gyakorlatban az egy tag egy szavazat elve. Megfogalmazódik az alapelvben továbbá a szövetkezetnek az a sajátossága is, hogy a szövetkezetben az irányítás is kifejezetten demokratikus alapokon nyugszik akként, hogy a szövetkezet vezető tisztségviselői főszabályként kizárólag a szövetkezet tagjai lehetnek. További hangsúlyozandó eleme még az alaptételnek, hogy a szövetkezet működésének ellenőrzésére a tagok kifejezetten jogosultak.

A Ptk. szabályozása tekintetében megállapíthatjuk, hogy a 'Demokratikus tagi ellenőrzés elvét' maradéktalanul érvényre juttatja. A Ptk. 3:356. §-a rendelkezik a tag alapvető jogairól, melynek (1) bekezdése kifejezetten egybecseng az alapelvben foglaltakkal. Az említett szakasz értelmében: „A szövetkezet működésének irányítása és ellenőrzése során a tagokat az általuk szolgáltatott vagyoni hozzájárulás mértékére tekintet nélkül, azonos jogok illetik meg.” Ezzel a rendelkezéssel harmonizál a 3:337. § (1) bekezdése is, mely szerint „a közgyűlésen a vagyoni hozzájárulások arányától függetlenül minden tagnak egy szavazata van.” E körben felhívjuk a figyelmet a Rendelet 59. cikkére, mely az Európai Szövetkezet tekintetében a tag szavazati jogára vonatkozóan speciális, mintaértékű szabályokat rögzít. A Rendelet lehetőséget biztosít ugyanis tagjai számára többes szavazati jog megszerzésére személyes közreműködésük arányában.

A szövetkezet irányítása körében, a tagok ellenőrzési jogát biztosítva a 3:344. § rögzíti a szövetkezet vezető tisztségviselőinek beszámolási kötelezettségét a közgyűlés, illetve a felügyelő bizottság irányába akként, hogy az igazgatóság a közgyűlés részére törvény erejénél fogva évente legalább egyszer, a felügyelő bizottságnak pedig

⁴² Az Sztv. közösségi alapra vonatkozó szabályait az 58.§ és a 71. § tartalmazták. A juttatások és támogatások körét pedig az 57.§ rögzítette.

⁴³ Id erre: Hagen Henry: Szövetkezeti értékek és alapelvek megjelenítése az Európai Unió tagállamai szövetkezeti törvényhozásában és az EU-szabályozással kialakított Európai Szövetkezeti Társaság (ESZT) Alapokmányában, *Szövetkezés*, 2004/1-2, 44.: „A tagsági jogok függetlenítése a beruházott tőke nagyságától nem fogatékosság, amit ki kellene javítani. A szövetkezeteket ebben a tekintetben a részvénytársasághoz hasonlítani értelmetlen.”

háromhavonta beszámolni köteles. Az igazgatóságra vonatkozó szabályok körében kiemelendő még a Ptk. 3:346. § (2) bekezdésének kifejezetten szigorú rendelkezése, mely szerint a „szövetkezet vezető tisztségviselője a szövetkezet tagja lehet”. E tekintetben az Sztv. véleményünk szerint helyesebben oly mértékben áttörte a demokratikus tagi ellenőrzés elvét, hogy lehetőséget adott szövetkezeten kívüli személynek is a vezető tisztségviselői pozíció betöltésére, abban az esetben, ha a szövetkezet irányítása különös szakértelmet igényelt, és nem volt elkülöníthető a demokratikus irányítás a szövetkezeti tevékenység irányításától.⁴⁴ Ennek a szabályozási felfogásnak a követését átgondolni javasoljuk.

Összefoglalóan megállapíthatjuk, hogy a 'Demokratikus tagi ellenőrzés' elvét a Ptk. szigorúan juttatja érvényre, s mind a szavazati jog, mind az igazgatóságra vonatkozó fentebb részletezett rendelkezések körében a szabályozás árnyalását javasoljuk.

5. 'A szövetkezetek közötti együttműködés elvéről'

A Manchesteri dokumentum a szövetkezetek együttműködésével kapcsolatosan konkrétan akként rendelkezik, hogy „*A szövetkezetek helyi, nemzeti, területi és nemzetközi együttműködés révén szolgálják a leghatásosabban tagságukat és erősítik a szövetkezeti mozgalmat.*”

A korábbi szövetkezeti törvény külön fejezetben, a IX. fejezetben rögzítette a szövetkezeti szövetségekre vonatkozó alapvető szabályokat, eleget téve az alapelv célkitűzésének. Álláspontunk szerint helyes lenne ezt a nemzetközi szövetkezeti alapelvet a Ptk.-ban is kifejezésre juttatni.

Záró gondolat

A Ptk. elemzése körében megállapíthatjuk, hogy a törvény a szövetkezet gazdasági lényegét, sajátos jogi természetét kifejezésre juttatja, rendelkezései döntően az SZNSZ által meghatározott nemzetközi szövetkezeti alapelvek mentén kerültek kimunkálásra, azonban számos helyen javasolt a jelenkori társadalmi-gazdasági igényekre figyelemmel a szabályozás árnyalása, illetve kiegészítése. Ez az árnyalás és kiegészítés álláspontunk szerint nem feltétlenül konkrétan a Ptk. tekintetében értelmezendő, hanem a 2006. évi X. törvény, illetve a magyar szövetkezeti joganyag továbbfejlesztése körében megfontolandó.

⁴⁴ Sztv. 30. § „Nem lehet vezető tisztségviselő: a) aki nem tagja a szövetkezetnek, illetőleg nem a jogi személy (jogi személyiség nélküli gazdasági társaság) tag képviselője. Ez alól az alapszabály kivételt tehet, ha a szövetkezet főtevékenysége különleges szakértelmet feltételező irányítást igényel, és ugyanakkor a szövetkezet sajátosságának megfelelően nem különíthető el a demokratikus irányítás és a szövetkezeti tevékenység irányítása (üzveztetés).”